:antifaschistische nachrichten Nr.8

g 3336 16.4.2015 31. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

„Antifaschismus ist ein Gegenentwurf zur herrschenden Politik“

Gespräch mit Ulrich Schneider. Über die Selbstbefreiung des KZ Buchenwald, den kommunistischen Widerstand dort und die Umdeutung der Geschichte durch bundesdeutsche Historiker und Medien

Kundgebung gegen „Schuldkult“

MÜNCHEN. Die extrem rechte Partei „Die Rechte“ liebt die Provokation. Noch am 3. März forderte sie auf einer spärlich besuchten Kundgebung in München ein Ende des „NSU-Schauprozesses“ und „Freiheit für Ralf Wohlleben“. Nun kündigt der Münchener Ableger von „Die Rechte“ für den 30. April eine Kundgebung gegen die Eröffnung des NS-Dokumentationszentrums in der bayerischen Landeshauptstadt an. Unter dem Motto „Gegen antideutschen Schuldkult – Weg mit dem NS-Dokumentationszentrum!“ will „Die Rechte“ ab 15.30 Uhr auf dem Karolinenplatz demonstrieren. Sie fordert den „sofortigen Abriß des NS-Dokumentationszentrums“ und will „auf dessen Fundament“ ein „Gedenk-zentrum für alle Opfer von Krieg und Vertreibung“ errichten lassen.

hma ■

„Pro NRW“-Kundgebungstour

NRW. Im Rahmen ihrer „Frühlingsoffensive gegen Asylmissbrauch“ will die sogenannte „Bürgerbewegung pro NRW“

Können Sie kurz schildern, was sich am 11. April 1945 und in den Tagen davor im KZ Buchenwald ereignet hat? Welche Rolle spielten die Kommunisten dabei?

Es gibt wenige historische Ereignisse, die so gut erforscht sind wie die letzten Tage dieses Konzentrationslagers. Schon in den 1980er Jahren hatte die damalige Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald eine Publikation zum Jahr 1945 vorgelegt, die minutiös den Ablauf der Ereignisse nachzeichnete. Was sind dabei die wichtigsten Punkte?

Es geht um die Rettung des Lagers am 11. April 1945 und von über 21 000 Häftlingen, unter ihnen mehr als 900 Kinder, die noch in diesen Tagen auf „Evakuierungstransporte“, im Klartext: Todesmärsche, geschickt werden sollten. Voraussetzung der Rettung war die Existenz einer illegalen Lagerorganisation der Häftlinge. Dieses Internationale Lagerkomitee, ILK, dem nicht allein deutsche Kommunisten angehörten, sondern Vertreter fast aller internationalen Häftlingsgruppen, arbeitete mehrere Jahre abgeschirmt gegenüber der SS und der Gestapo im Lager. In vielen Zeitzeugenberichten wird formuliert, dass man als neu eingelieferter Häftling sehr schnell spürte, dass hier nicht nur die SS das Sagen hatte, sondern es im Untergrund Verbindungslinien gab, die den Mithäftlingen das Überleben erleichterten.

Dieses ILK hatte sich Ende 1943 entschieden – als Selbstverteidigungsstruktur – eine internationale Militärorganisation aufzubauen. Leiter wurde der deutsche Kommunist Otto Roth. Er stützte sich u. a. auf den von der SS eingesetzten Häftlingslagerschutz und die Häftlingsfeuerwehr, die mit zuverlässigen Genossen besetzt waren. Von den ausländischen Häftlingsgruppen wurden militärisch erfahrene Genossen und Kameraden ausgewählt, die in diese Strukturen aufgenommen wurden.

Es klingt unglaublich, aber unter den Augen der SS wurden militärische Übungen durchgeführt, Waffen – insbesondere Handfeuerwaffen, Stichwaffen und Brandflaschen – organisiert bzw. hergestellt. Selbst ein komplettes Maschinengewehr mit Munition gelangte in den Besitz der Häftlinge. Aufgabe dieser Einheiten sollte es sein, sich beim Herannahen der Front gegen alle Versuche der Liquidierung oder andere Greueltaten der SS wehren zu können.

Fortsetzung Seite 5

am 1. und am 8. Mai eine „Kundgebungstour“ durchführen.

Beginnen soll diese am 01. Mai um 12 Uhr auf dem Marktplatz Osterfeld in Oberhausen.

Eine zweite Kundgebung soll am gleichen Tag um 16 Uhr auf dem Marktplatz Styrum in Mülheim an der Ruhr stattfinden. Für den 8.Mai werden Kundgebungen auf dem Marktplatz des Düsseldorfer Stadtteils Kaiserswerth (12 Uhr) und auf dem Marktplatz Beeck in Duisburg (16 Uhr) angekündigt. Im Übrigen vertraue er „auf die örtlichen Polizeibeamten, die natürlich sicherstellen werden, dass wir unsere legitimen Grundrechte auch ausüben können“, äußerte „Pro NRW“-Chef Markus Beisicht zu der beabsichtigten Kundgebungstour.

hma ■

Rücktritt bei „Pegida“ NRW

NRW. Der Chef von „Pegida“ NRW, Marco Carta-Probach, hat Anfang April seinen Rücktritt bekanntgegeben. Sein Rücktritt sei auch im Zusammenhang mit der Nominierung von Tatjana Festerling als Oberbürgermeister-Kandidatin von „Pegida“ in Dresden zu sehen, äußerte Carta-Probach gegenüber „bluNews“. Das ehemalige AfD-Mitglied Festerling, die im vergangenen Jahr ihre Sympathie für die gewalttätige „Hogesa“-Demo in Köln geäußert hatte, sei ihm „zu radikal“. Zudem identifiziere er sich nicht mit den Bestrebungen von „Pegida“, mit extrem rechten Kräften aus anderen europäischen Ländern zusammenzuarbeiten.

hma ■

GfP-Kongress in Thüringen

Thüringen. Die extrem rechte „Gesellschaft für freie Publizistik“ will ihren diesjährigen Jahreskongress wieder vom 29. bis 31. Mai in Thüringen durchführen. Unter dem Motto Hilfssheriff der USA? – Deutschlands Rolle in der Welt“ soll der Kongress wieder in dem bereits bekannten Hotel in Thüringen stattfinden. Als Referenten ankündigt werden u.a. der Publizist und „Junge Freiheit“-Autor Mario Kandil (Linnich), der ehemalige „Republikaner“-Funktionär Björn Clemens (Düsseldorf) und der Publizist Akif Pirinçci (Bonn). Die „Ulrich-von-Hutten-Medaille“ der GfP erhält in diesem Jahr der „nationale Publizist“ Dr. Hans-Dietrich Sander. Die Laudatio auf den Preisträger soll Arne Schimmer, früher Landtagsabgeordneter der NPD in Sachsen, halten.

hma ■

Aufstehn gegen Rechts: Pleite für „Die Rechte“

Hildesheim. Etwa 2500 Menschen demonstrierten und protestierten am 21.3. gegen einen Aufzug von der Partei Die Rechte unter dem Motto: Aufstehn gegen Rechts – bunt statt braun. Das Hildesheimer Bündnis gegen Rechts organisierte die Demonstration. Der Bundesvorsitzende der Partei Die Rechte, Christian Worch aus Mecklenburg-Vorpommern, hatte eine Demonstration „gegen Überfremdung“ für die Minipartei angemeldet – am internationalen Tag gegen Rassismus und einen Tag vor dem 70. Jahrestag der stärksten Bombardierung Hildesheims durch die britische und kanadische Luftwaffe am 22.3.1945. Am 7. April 1945 befreite die amerikanische Armee Hildesheim von der Herrschaft des Faschismus. Der Vorsitzende des Kreisverbands der Partei Die Rechte, Johannes Welge war anwesend. Insgesamt folgte ein Häuflein von etwa 70 bis 80 Neonazis Worch und Welge durch die von der Polizei mit 1700 Polizisten abgeriegelte Nordstadt. Eine Route der Rechten in die Innenstadt war vom Göttinger Polizeipräsidium abgelehnt worden. Die Rechten sollten jenseits der Bahngleise durch die von vielen Menschen bewohnte Nordstadt laufen. Die Braunen wollten um zwei Stunden verspätet los „marschieren“, nachdem sie zuvor Probleme mit der Anreise und Ihrem weißen Lautsprecher-VW-Polo hatten. Trotz der starken Polizeikräfte machten knapp 30 Menschen eine Sitzblockade auf der Route der „Rechten“ auf der Steuerwalder Straße. Die Blockade wurde nach einer Viertelstunde durch die Polizei durch Anwendung von Gewalt durch Wegtragen der Protestierer beendet. Ein Blockadeversuch an anderer Stelle der Steuerwalder Straße wurde durch Wasserwerfereinsatz verhindert. Dennoch kamen die Faschisten noch später, dann in strömenden Regen, los.

Inzwischen waren bereits etwa 15 Rechte wieder mit der Bahn abgereist. Das Bündnis gegen Rechts, hatte für den Fall, dass die Nazis es schaffen sollten, von der Stelle zu kommen, angekündigt, für jeden Meter, den sie zurücklegen würden, Spenden für die Flüchtlingshilfe zugunsten des Niedersächsischen Flüchtlingsrates zu sammeln. Es kamen über 7000 € zusammen.

Im Verlauf des Aufzuges gab es immer wieder Proteste von kleineren Zahlen der Anwohner und Gästen in der Nordstadt an den Polizeiabsperrungen an den Seitenstraßen auch mit Transparenten, Schildern und Fahnen. An einigen Häusern und auch an der Johanniskirche und vor der Martin-Luther-Kirche hingen Transparente und hier und da steckten bunt-statt-braun-Kinder Windmühlen in der Erde.

Bei der antifaschistischen Hauptdemonstration in der Innenstadt ging erstmals der Hildesheimer Oberbürgermeister (OB)-Ingo Meyer in der ersten Reihe mit. Dazu war der vorherige konservative OB Kurt Machens bei erforderlichen Gegendemonstrationen gegen Nazi-Provokationen in den letzten zehn Jahren nie bereit gewesen. Der OB sprach auch bei der Abschlusskundgebung neben dem Superintendenten der evangelischen Kirche, Helmut Aßmann, dem Vertreter der katholischen Kirche, Voges, der stellvertretenden Landesvorsitzenden der Ver.di Niedersachsen, Susanne Kremer, dem Geschäftsführer des Niedersächsischen Flüchtlingsrates, Kai Weber, sowie einem Studenten. Der Bischof der Diozöse Mitteleuropa der Serbisch-orthodoxen Kirche, Archimandrit Sergije Karanović, die ihren Sitz in Hildesheim hat, richtete Grüße aus. Es gab auch kapitalismuskritische Überlegungen (ver.di und Student) und es wurde für eine Willkommenskultur für Flüchtlinge geworben. *raj* ■

„Typisch deutsche“ Polizeiauflagen des Göttinger Polizeipräsidiums wollten den Antifaschistischen Protest und Widerstand einschränken. So wurde neben der Beschränkung der Route auf die Innenstadt die Breite von Transparenten auf drei Meter unter Androhung von Ordnungsstrafen begrenzt. Bei dieser großen Demonstration wären deutlich breitere sinnvoll gewesen.

PEGIDA als Kulminationspunkt gesellschaftspolitischer Konfliktfelder

Von Nils Merten

Am 7. Februar d. J. fand in Köln die alljährliche Herausgeberkonferenz der antifaschistischen Nachrichtenstatt (Mitveranstalter: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund d. Antifaschisten Köln, Fraktion die Linke im Rat der Stadt Köln, in Zusammenarbeit mit der Rosa Luxemburg-Stiftung). Nils Merten, Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen, referierte zum Thema „Hintergründe und Perspektiven der ‚Hooligans gegen Salafisten'-Bewegung und der Pegida-Bewegung"; Alexander Häusler, Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/ Neonazismus (FORENA) der FH Düsseldorf zum Thema „Die AfD und der rechte Kulturkampf". Nils Merten hat seinen Vortrag überarbeitet und uns zum Abdruck zur Verfügung gestellt. Wir dokumentieren in dieser Ausgabe der AN den ersten Teil, in der Ausgabe 9 den zweiten. Red.

Es ist ruhiger geworden in und um Dresden. Wo sich im Januar noch über 20 000 Menschen versammelten, um gegen die „Islamisierung des Abendlandes", gegen die „Überfremdung des deutschen Volkes", gegen „die Volksverräter da oben" oder die „Lügenpresse" zu demonstrieren und dabei Wind und Wetter trotzend, ihre schwarz-rot-goldenen Fahnen in den Dresdner Abendhimmel streckten, kommen inzwischen lediglich noch wenige Tausende zusammen. Persönliche Eskapaden der Anmelder, Streit um die strategische und politische Ausrichtung und letztlich die Spaltung des Organisatorenkreises, haben dem öffentlichen Ansehen der Dresdner PEGIDA-Bewegung erheblich geschadet. Doch auch wenn die Teilnehmerzahlen in den letzten Wochen deutlich eingebrochen sind, täuscht die trügerische Ruhe und Grund für Entwarnung ist sicherlich nicht gegeben. Denn PEGIDA, auch wenn es sich denn tatsächlich um ein temporäres Phänomen handeln sollte, welches schon bald der Geschichte angehört, steht doch für viel mehr, als den bloßen Straßenprotest einiger weniger Frustrierter.

Als im Oktober 2014 der erste PEGIDA-Aufmarsch – euphemistisch „Spaziergang" genannt – stattfand, versammelten sich grade einmal wenige hundert Personen in der Dresdener Innenstadt. Doch nur einige Wochen später dominierte PEGIDA bereits die bundesdeutsche und teils sogar die ausländische Berichterstattung. Medienvertreter, Politiker und Wissenschaftler gaben sich in der deutschen Talk-Show-Landschaft Abend für Abend Klinke in die Hand. Während die einen, wie Bundestagspräsident Norbert Lammer (CDU), zweifellos legitime Anliegen vieler besorgter Bürger zu erkennen glaubten, vermuteten andere, wie Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD), Neonazis in Nadelstreifen und braune Rattenfänger am Werke. Wie wenig Antworten die Politik bis heute auf diese Entwicklung gefunden hat, würde sich noch an zahllosen weiteren Beispielen belegen lassen.

Der Stammtisch steht auf

Zweifellos haben wir es in den letzten Monaten nicht nur mit einem größeren migrationsfeindlichen Protestphänomen zu tun gehabt, sondern mit der größten rassistisch unterlegten Protestwelle in der Geschichte der Bundesrepublik. Ganz so neu, wie viele Beobachter vermitteln wollten, ist dieses Phänomen jedoch bei Weitem nicht. Neu ist lediglich, dass sich weit in der Gesellschaft wurzelnde Ressentiments gegen Migranten, insbesondere gegen Muslime, aber auch Vorbehalte gegen die politische Klasse und Kritik an den etablierten Medien, vom Stammtisch auf die Straße verlagert haben. Das hinter vorgehaltener Hand geäußerte Ressentiment manifestiert sich nun im Protestzug durch den öffentlichen Raum. Es wird somit hörbar und sichtbar und erhält eine wahrnehmbare Physis. Die bundesdeutsche Protestkultur hat sich im politischen Koordinatensystem nach rechts verschoben. Dies stellt die Gesellschaft und die Politik vor völlig neue Herausforderungen. Aber was treibt Menschen an, in einer Stadt, in der der Migrantenanteil unter 5% liegt, gegen eine vermeintliche Überfremdung zu protestieren? Es greift sicherlich zu kurz, PEGIDA mit dem Etikett Rassismus zu versehen und den Diskurs ausschließlich auf diese Kategorisierung zu leiten. Dieser grade aus linken Strukturen schnell hervorgebrachte Vorwurf, kann das Phänomen nur begrenzt beschreiben und dient nicht selten der eigenen Selbstvergewisserung. Selbstverständlich geht auch die Beschreibung als besorgte Bürger fehl und wäre zudem grob fahrlässig gegenüber der gesellschaftspolitischen Gemengelage, die sich mit PEGIDA verbindet und deren Ausdruck PEGIDA letztlich ist.

Wie bereits angemerkt, sind die zugrunde liegenden Ressentiments und Wahrnehmungen keineswegs neuartig, sondern wurden und werden durch die sozialwissenschaftliche Einstellungsforschung bereits seit Jahrzehnten nachgewiesen. Dabei zeigen sich Rassismus, Chauvinismus und sozialer Nationalismus keineswegs als Randphänomene, sondern reichen bis weit in die mythologisierte „Mitte der Gesellschaft". So kommen die Autoren der Leipziger Studien zur Mitte, Oliver Decker und Elmar Brähler, bspw. schon 2011 zum Ergebnis, dass mittlerweile ein Drittel der Deutschen Muslimen die Zuwanderung verweigern würde und über 40% der Befragten sich durch Muslime als „fremd im eigenen Land" fühlen würden. Dass in Deutschland überhaupt nur 5% der Bürger muslimischen Glaubens sind, muss bei diesen Ergebnissen erwähnt werden. Während geschlossene extrem rechte Weltbilder laut empirischer Sozialforschung seit den letzten 15 Jahren rückläufig sind, gemeint sind Einstellungen die bspw. mit einer NS-Verherrlichung einhergehen, ist hingegen grade der antimuslimische Rassismus seit Jahren auf dem Vormarsch. Antimuslimische Publikationen, die zu Bestsellern werden und über Wochen die Verkaufslisten anführen, wie Thilo Sarrazins offen rassistische Entgleisung „Deutschland schafft sich ab" oder die völlig anspruchsfreie Pöbelschrift „Deutschland von Sinnen – Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer" von Akif Pirinci, belegen das große Interesse und den erheblichen Zuspruch. Antimuslimische Titelseiten bei Printmedien, wie beim SPIEGEL oder dem FOCUS, kaum versteckter Rassismus, wie bei der BILD-Zeitung, oder die effekthascherische Auseinandersetzung mit dem „Feindbild Islam", die beinahe wöchentlich in den politischen Talk-Shows stattfindet, sorgen zusätzlich für Konfliktstimmung und tragen zur Normalisierung eines antimuslimischen, teils offen rassistischen Diskurses bei. Nun stellt sich natürlich die Frage, woher bei einem muslimischen Bevölkerungsanteil von 5%, diese offene Ablehnung einer absoluten Minderheit herrührt.

„Ich hab ja nichts gegen Ausländer, aber..."

Selbstverständlich muss klar sein, dass komplexe gesellschaftliche Entwicklungen und Phänomene nicht einfach und monokausal erklärt werden sollten. Dennoch gibt es Ansätze, die eine sehr plausible Erkenntnisstruktur befördern können. So wird Gesellschaft von immer mehr Menschen als Wettbewerb wahrgenommen, als ein Konkurrenzkampf, bei dem es darum geht, sich selber zu seinem individuellen und materiellen Vorteil

durchzuboxen. Minderheiten treten somit im Kampf um sich verknappende sozioökonomische Ressourcen als besondere Konkurrenten auf, die es abzuwehren gilt. Sinkende Rentenleistungen, Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und Sozialleistungen, die kaum ausreichen, um am gesellschaftlichen Leben partizipieren zu können, sind Ausdruck einer gesellschaftspolitischen Entwicklung, die sich zwar seit den 1980er Jahren bereits vollzieht, aber sich durch die Agenda-Politik, der von Gerhard Schröder geführten rot-grünen Bundesregierung nochmals erheblich beschleunigt hat und eine tiefgreifende Verunsicherung mit sich brachte. An die Stelle des gesellschaftlichen Miteinanders ist die Fokussierung auf den Markt der individuellen Möglichkeiten – oder eben auch der Unmöglichkeiten getreten. Die bürgerlich Etablierten pochen dabei, wie die Bielefelder Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer in ihrer Langzeitstudie „Deutsche Zustände" nachgewiesen hat, auf vermeintliche Vorrechte gegenüber „Neubürgern". Die Zugezogenen hätten sich erstmal hinten anzustellen. Die Abwertung von Migranten als Bürger zweiter Klasse dient dabei vor allem der Legitimierung der eigenen Privilegien, die man zu verteidigen gedenkt. Und sei es eben durch das bekannte „Treten nach unten". Hinzu kommen reale oder als real empfundene Ängste vor einem sozialen Abstieg und der damit einhergehenden Deklassierung. Spätestens mit den sogenannten Hartz-Reformen der damaligen rot-grünen Bundesregierung, ist die Durchlässigkeit nach unten immer stärker geworden ist, während der soziale Aufstieg hingegen deutlich schwieriger erscheint. Die daraus entstehenden Affekte werden von vielen Menschen häufig nicht systemisch erklärt, bspw. mit der Vermögensverteilung, sondern die Affekte werden auf das Fremde, auf das Schwächere projiziert. Der Darmstädter Soziologe Oliver Nachtwey spricht bei dieser Form von sozialer Projektion auch von dem „Produkt einer nervösen Gesellschaft". Und auch die bereits angeführte Gruppe um Wilhelm Heitmeyer kommt in ihrer Langzeitstudie zum Ergebnis, dass man zunehmend von einer „Verrohung der Bürgerlichkeit" sprechen müsse, die längst die vermeintliche bürgerliche Mitte erreicht habe. Wohlbemerkt kam Heitmeyer im Jahr 2010 zu diesen Ergebnissen, die sich durch PEGIDA heute zu bestätigen scheinen.

Dresden ist nicht Bagdad

Neben den sozio-ökonomischen Erklärungsansätzen scheint zudem die geopolitische Situation eine nicht unwesentliche Rolle bei der Verfestigung und Ausprägung von Ressentiments zu spielen. Angesichts der Entwicklungen nach dem 11. September 2001 und dem sich ausbreitenden gewalttätigen politischen Islamismus, die durch die tägliche Berichterstattung das hiesige Bild von „der muslimischen Welt" prägen, kommt es hier zu einer heiklen politischen Gelegenheitsstruktur. Die bestehenden Ressentiments und die dadurch hervorgerufenen Negativvorstellungen von „dem Islam" als demokratiefeindliche und gewalttätige Religion, scheinen sich objektiv in der Realität bestätigen zu lassen. Doch diese Bestätigung ist nichts als eine weitere Konstruktion, denn die Auseinandersetzungen, bspw. im Nahen Osten, sind zuallererst politische und keine religiösen, auf theologischen Grundlagen geführte Konflikte und haben mit den hier lebenden Muslimen nichts gemein. Dennoch ergibt sich hieraus eben die gefährliche Situation, dass sich Vorurteile zu bestätigen scheinen und als zutreffend interpretiert werden. Eine rationale Analyse rückt dabei meist in den Hintergrund und das Thema „Islam" wird somit auf besondere Weise anschlussfähig für rassistische Mobilmachungen.

Aber nicht allein der Islam zeigt sich als mobilisierungsfähig für xenophobe und rassistische Einstellungen. Auch die aktuelle Situation der Zuwanderung spielt eine bedeutsame Rolle. Lange vor dem ersten PEGIDA-Aufmarsch bildeten sich bundesweit Protestformationen gegen den Bau von Flüchtlingsunterkünften oder die Unterbringung von Geflüchteten in der Nachbarschaft. Nicht selten kommt es hierbei zum Schulterschluss von „normalen Bürgern" aus der Nachbarschaft und militanten Neonazis. Auch bei PEGIDA in Dresden fällt auf, wie wenig bürgerliche Demonstranten noch Hemmungen haben, öffentlich, sozusagen Seite an Seite, mit rechten Hooligans und bundesweit bekannten Neonazi-Aktivisten auf die Straße zu gehen.

Nils Merten ■

„Pro NRW" kündigt Kundgebungen am 1. Mai und am 8. Mai an

MÜLHEIM/OBERHAUSEN/DÜSSELDORF/DUISBURG – Die „Bürgerbewegung pro NRW" will im Mai auf die Kosten von nach Deutschland geflüchteten Menschen Aufmerksamkeit erzielen. Unter dem Motto „Frühlingsoffensive gegen den Asylmissbrauch – Flüchtlings-Tsunami stoppen!" sollen vier Kundgebungen durchgeführt werden. Die Gleichsetzung der Einwanderung von Asylsuchenden mit einer Naturkatastrophe hat sich die Partei vom niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders abgeschaut, der bereits vor einigen Jahren in Zusammenhang mit der Einwanderung von Muslimen von einem „Tsunami" sprach.

„Pro NRW" will am 1. Mai je eine Kundgebung auf dem Marktplatz Styrum in Mülheim/Ruhr und auf dem Marktplatz Osterfeld in Oberhausen abhalten, während zeitgleich die NPD in Mönchengladbach und „Die Rechte" in Essen aufmarschieren werden. Den geschichtsträchtigen 8. Mai (70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus) begeht „Pro NRW" mit zwei Hetzveranstaltungen in Düsseldorf-Kaiserwerth und Duisburg-Beeck. Vermutlich wird wie bei ähnlichen Aktionen in den Vorjahren ein „pro NRW"-Tross per Reisebus zu den Kundgebungsorten gefahren werden.

Lotta-magazin.de ■

Bayerische Landesregierung will VVN-BdA Gemeinnützigkeit absprechen

Die bayerische Landesregierung will die VVN-BdA vernichten. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes sei kommunistisch gesteuert. Denn der VVN-BdA gehören Kommunisten an. Das kam so: Der deutsche antifaschistische Widerstand war zu 75 von Kommunisten geleistet worden. 30 000 von ihnen wurden ermordet. 150 000 entkamen den KZ und Zuchthäusern, andere kamen aus der Emigration zurück. Sie gehörten zur Gründergeneration der VVN. Und heute sind noch viele ihrer Hinterbliebenen in der VVN – und viele andere. Bayern als Vorreiterin eines neuen Kalten Krieges legt die Globke-Strauß-Adenauer-Politik neu auf. Die VVN-BdA stört erheblich. Die CSU-Regierung greift nun nach den spärlichen Einnahmen der VVN-BdA und nimmt der VVN-BdA die Gemeinnützigkeit. Und andere Maßnahmen liegen in der Luft.

VVN-BdA

Siehe http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/0190_referat_bw.htm

Fortsetzung von Seite 1

Diese Situation entstand Anfang April 1945, als zum einen die US-Truppen von Westen kommend sich Thüringen näherten, worauf Tausende Häftlinge aus den Außenlagern auf den Ettersberg transportiert wurden. Gleichzeitig versuchte die SS, das hoffnungslos überfüllte Lager mit Evakuierungstransporten ins Ungewisse wieder zu leeren. In den ersten Apriltagen gingen täglich Todestransporte auf den Weg. Das Lagerkomitee arbeitete darauf hin, diese Transporte durch hinhaltenden Widerstand und andere Maßnahmen zu blockieren. Als beispielsweise nach einem Morgenappell die jüdischen Häftlinge sich zum Transport wahrscheinlich in das Lager Bergen-Belsen aufstellen sollten, wurde die Parole ausgegeben, dass die Häftlinge ihren gelben Winkel entfernen und nicht zum Transport antreten.

Die Kraft des Widerstands wurde für alle sichtbar, als die SS am 5. April 1945 versuchte, der „Leiter des Widerstands" – oder jene, die sie dafür hielten – habhaft zu werden. 46 Häftlinge sollten antreten. Da jedoch die politischen Häftlinge diese Liste bereits am Vorabend in den Händen hielten, gelang es ihnen, alle 46 Gesuchten rechtzeitig im Lager zu verstecken. Es zeigt die hohe Autorität des ILK, dass nicht ein Mithäftling gegenüber der SS etwas über den möglichen Aufenthaltsort der Gesuchten verraten hat. Einer der Versteckten war übrigens der jüdische Kommunist Emil Carlebach.

Als nun in den folgenden Tagen die Front immer näher rückte und große Teile der SS-Wachmannschaft und Lagerverwaltung die Flucht ergriffen und im Nahbereich des Lagers bereits US-Panzerspitzen auftauchten, entschied sich das ILK am 11. April 1945 um 14.30 Uhr, den Befehl zum Losschlagen zu geben. Die militärisch organisierten Häftlinge holten die Waffen aus den Verstecken, schalteten den Strom im Zaun aus, besetzten die Türme und überwältigten die verbliebenen Wachen. Um 15.15 Uhr konnte der damalige Lagerälteste Hans Eiden über Lautsprecher verkünden: „Kameraden, wir sind frei!" Zwei Aufklärer der amerikanischen Armee waren völlig verblüfft, auf bewaffnete Häftlinge zu stoßen, die die Kontrolle über das Lager übernommen hatten, wie sie in einer Militärzeitung berichteten.

Am 13. April, als auch die Kämpfe in der Umgebung der Stadt Weimar beendet waren, übernahm ein US-Offizier das Kommando in dem ehemaligen Lager.

Alle diese Fakten sind bekannt, aber dennoch werden reaktionäre Kreise nicht müde, allein von einer „Befreiung durch die Amerikaner" zu sprechen. Die größte Provokation leistete sich vor 20 Jahren in diesem Zusammenhang der damalige thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel, der glaubte, bei der Gedenkfeier auf dem Appellplatz in Anwesenheit der ehemaligen Häftlinge allein der US-Armee für die Befreiung danken zu müssen – und deren Kampf völlig ignorierte.

In der DDR-Geschichtsschreibung wurden die Geschehnisse am 11. April dagegen als „Selbstbefreiung" bezeichnet …

Ich muss Sie etwas korrigieren. Es war nicht nur die DDR-Geschichtsschreibung, die die Ereignisse vom 11. April mit Recht als „Selbstbefreiung" bezeichnete. Schon in den ersten Berichten der Überlebenden, die in allen vier Besatzungszonen veröffentlicht wurden – und natürlich auch in dem gemeinsamen Bericht des Internationalen Lagerkomitees von 1947 – wurde die Leistung der politischen Häftlinge für das Überleben des Lagers und die gemeinsame Freiheit deutlich. Mir sind frühe Veröffentlichungen aus Belgien, den Niederlanden und Frankreich bekannt, wo ebenfalls die Internationale Militärorganisation in ihrer Rolle hervorgehoben wird.

Interessanterweise wurden solche Berichte in den Anfangsjahren der DDR aus Gründen, die nichts mit dem Widerstand im Lager zu tun hatten, sehr zurückhaltend verbreitet. Erst als sich die Häftlinge aus verschiedenen westeuropäischen Ländern gegen die politische Denunziation der Lagergeschichte im Kalten Krieg wehren mussten, wurde die Perspektive auf den Häftlingswiderstand und die Selbstbefreiung zum ideologischen Gemeingut in der DDR.

Wurde dabei der Widerstand der Häftlinge zu sehr heroisiert?

Dass es in diesem Zusammenhang – wie in anderen Bereichen auch – Überzeichnungen und z. T. falsche Darstellungen gab, ist völlig unbestritten. Wenn beispielsweise in einem Jugendbuch Ernst Thälmann zum politischen Führer des Widerstands in Buchenwald gemacht wird, dann ist das natürlich ausgemachter Blödsinn. Aber so etwas war die Ausnahme, insgesamt standen die ernsthaften Aussagen der ehemaligen Häftlinge im Zentrum der Darstellung.

Aus heutiger Distanz mögen manche Berichte recht heroisch klingen. Aber ich möchte mir nicht anmaßen, den persönlichen Mut, die Überzeugungstreue oder auch die Opferbereitschaft der Überlebenden mit den Maßstäben eines Nachgeborenen, der sich niemals in einer solchen Lage befunden hat, zu bewerten. Die Häftlinge sahen sich dazu veranlasst – nicht um selber als Helden dazustehen, sondern weil sie die Nachgeborenen vor der Gefahr des Wiederauflebens des Faschismus und einer neuen Kriegsgefahr warnen wollten.

Aus der Sicht der Bundesrepublik wird die Selbstbefreiung der Häftlinge als „DDR-Legende" abgetan. Wissen Sie, wie die ehemaligen Häftlinge von Buchenwald diese Beurteilung interpretierten?

Anfangs haben sich weder Wissenschaft noch Politik in der BRD intensiver mit der Buchenwald-Geschichte beschäftigt. Nur vereinzelte „Ostforscher" verbreiteten ihre mehr oder minder ideologisch geprägten Stellungnahmen. Das änderte sich mit dem politischen Ende der DDR, als man mit der „Abwicklung des Antifaschismus" auch die Geschichte des KZ Buchenwald als Inbegriff antifaschistischer Perspektive versuchte umzudeuten. Nun wurde massiv die These der „DDR-Legende" verbreitet.

Dagegen kämpften die überlebenden Häftlinge – und zwar nicht nur die Deutschen. In öffentlichen Erklärungen, in Beiträgen für die Glocke vom Ettersberg, in eigenständigen Publikationen und in zahllosen Zeitzeugengesprächen verteidigten die ehemaligen Buchenwalder ihre Erinnerung gegen solche ideologischen Denunziationen.

Kann man sagen, dass die Gedenkstätte nach dem Ende der DDR politisch instrumentalisiert wurde? Welche Rolle spielten der Leiter der Gedenkstätte Buchenwald Volkhard Knigge und der Schriftsteller Hans Joachim Schädlich?

Die DDR hat viele Jahre ihren antifaschistischen „Selbsterweis" in Buchenwald öffentlich zelebriert. Nach 1991 wurde in der Gedenkstätte die Abwicklung dieses Anspruches massiv betrieben und unter der Leitung von Knigge die Umgestaltung nach den ideologischen Vorgaben der politischen Wende umgesetzt. Nur zwei Beispiele: In den Beginn seiner Amtszeit fällt die Kampagne rund um die „roten Kapos" und die sogenannte Geheimakte Buchenwald, die mit der unsäglichen Veröffentlichung von Lutz Niethammer in schludriger – aber politisch eindeutiger – Weise kommentiert zur Denunziation des politischen Widerstands eingesetzt wurde: Aus den Unterlagen einer parteiinternen Untersuchungskommission der KPD nach 1945 wurden diffamierende Behauptungen, die sich durchweg nicht bestätigten, als „Fakten" gegen die politischen Häftlinge in Stellung gebracht. So hieß es, einzelne Kommunisten hätten mit der SS zusammengearbeitet, um Lagerfunktionen zu ergattern, oder sie hätten Gewalt gegen Mithäftlinge zum persönlichen Vorteil ausgeübt. Obwohl auch Historiker sehr schnell die wissenschaftlichen Schwächen und den denunziatorischen Charakter der Veröffentlichung nachwiesen, hielt Knigge lange Jahre an der geschichtspolitischen Linie dieser Veröffentlichung fest und war nicht bereit, dem Narrativ der Überlebenden gegen die politische Kampagne der „Auftragsforschung" zu folgen.

Besonders kritisierte er den Umgang der DDR mit dem historischen Ort und der Gedenkstätte selbst. Kennzeichnend

dafür die Ausstellung im ehemaligen Toilettenhäuschen am Mahnmalsparkplatz, in der die „Staatsnähe“ der Einrichtung nachgezeichnet wird. Hier findet man auch eine Kritik an dem Roman „Nackt unter Wölfen“, verfasst vom ehemaligen Buchenwald-Häftling Bruno Apitz, dem historische Fehler vorgeworfen werden. Als sei der Roman eine historisch-wissenschaftliche Aufarbeitung. In dieser Auseinandersetzung kam es zu absurd anmutenden Vorwürfen. Der Schriftsteller Hans Joachim Schädlich kritisierte die „Legendenbildung“ bei Bruno Apitz, da dieser in seinem Roman Fakten nicht korrekt wiedergegeben habe. Gedenkstättenleiter Knigge setzte noch einen drauf, indem er die historische Gedenktafel an der Effektenkammer entfernen ließ und für die Rettung des Buchenwald-Kindes Stefan Jerzy Zweig nur den Begriff „Opfertausch“ gelten lassen wollte (*anstelle des dreijährigen Kindes musste das Lagerkomitee u. a. den 16 Jahre alten Sinti Willy Blum auf eine Transportliste nach Auschwitz setzen, wo dieser umgebracht wurde; R. J.*). Erst mit Hilfe eines bundesdeutschen Gerichts konnte Zweig seine eigene Erinnerung an die Hilfe durch die politischen Mithäftlinge gegen diese denunziatorische Abwertung verteidigen.

Niemand stellt in Frage, dass die SS Herr über Leben und Tod war und sie auch die Funktionshäftlinge zwang, im Sinne der SS-Todesmaschinerie tätig zu sein. Aber es bleibt ein Verdienst der politischen Häftlinge – und das wollte Zweig bestätigt haben – sich für die Schwächsten in dieser Häftlingsgesellschaft, die Kinder, eingesetzt zu haben.

Wie ordnen Sie in diesem Zusammenhang das MDR-Remake von „Nackt unter Wölfen“ ein, das am 1. April ausgestrahlt wurde? Hielt sich denn der Film an die Fakten?

Buch und Film sind keine wissenschaftlichen Dokumentationen, sondern künstlerische Interpretationen. Es geht daher nicht zuerst um die Frage der Fakten, selbst wenn das Remake den Anschein einer historischen Dokumentation vermittelt. Für mich war erkennbar, dass der Film – bei aller Brutalität der Bildersprache – sich sehr um eine angemessene Perspektive der Häftlinge bemühte und eigentlich keine Umwertung der Geschichte vornahm.

Das KZ Buchenwald wurde nach der Befreiung von der Sowjetunion als „Speziallager 2“ weitergeführt, wo 7000 Menschen starben. Können Sie eine Einschätzung abgeben: Wurde dieses Speziallager nach der „Wiedervereinigung“ dazu verwendet, um die Sowjetunion politisch in die Nähe des deutschen Faschismus zu rücken?

Das Speziallager Buchenwald wurde wie

auch andere ehemalige KZ und faschistische Haftstätten von den Alliierten als Internierungslager genutzt. Dieses Verfahren bei der Ausschaltung ehemaliger Nazis und politisch verdächtiger Personen hatten die vier Besatzungsmächte untereinander verabredet, selbst wenn sie sich im Zuge der weiteren Entwicklung unterschiedlich dazu verhielten. In diesen Internierungslagern wurden jedoch die Menschen weder aus rassischen bzw. politischen Gründen ermordet oder mit Zwangsarbeit gequält. Sie starben, weil die Lebensbedingungen – insbesondere Ernährungsmängel und Krankheiten – katastrophal waren.

Daher ist der Charakter der Speziallager ein völlig anderer als der eines faschistischen KZ. Aus der historischen Forschung wissen wir, dass die überwiegende Zahl der Internierten Nazifunktionsträger waren – meist jedoch der unteren Hierarchiestufe.

Das alles wollte man 1990, als das Thema auf die gesellschaftliche Tagesordnung kam, nicht wahrhaben. Ich selbst habe Diskussionen mit Vertretern der Gemeinschaft „Buchenwald 1945–1950“ erlebt, in denen kein Wort zu den Naziverbrechen als Ursache für die Politik der Besatzungsmacht zu hören war.

Das Hauptproblem im Umgang mit dieser Geschichte war sicherlich die jahrzehntelange Tabuisierung – verbunden mit einem idealisierten Bild der Sowjetunion. Die Umkehrung bedeutete nun, dass die Sowjetunion genauso schlimm gewesen sei wie der Faschismus und alle Internierten nur „Opfer“ gewesen seien. Diese Haltung wurde zeitweise selbst von der Gedenkstätte vertreten, bis die eigenen Forschungen ein Umdenken in dieser Thematik erzwangen. Im öffentlichen Diskurs ist von diesem Wissen aber oftmals nichts zu erkennen.

Während zu jedem runden Jahrestag des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 ein Staatsakt abgehalten wird, versucht man den kommunistischen Kampf gegen die Nazis unter allen Umständen kleinzureden oder zu diskreditieren. Haben Sie eine Erklärung, warum der Widerstand immer noch entlang der Koordinaten des Kalten Krieges interpretiert wird?

Angesichts der Restaurationspolitik in der BRD war es völlig klar, dass antifaschistischer Widerstand als gesellschaftlicher Gegenentwurf – und inbesondere der von Kommunisten – nicht anerkannt war. Der 20. Juli 1944 war dagegen leichter in das bundesdeutsche Selbstverständnis zu integrieren. Die Mehrzahl der Verschwörer waren konservative Kritiker des Naziregimes, die keinen gesellschaftlichen Wandel, sondern nur die Rettung der Restbestände des Reiches anstrebten. Natürlich war das Ziel des 20. Juli ehrenwert – insbesondere hätte eine frühere Beendigung des Krieges das Leben von vielen Millionen Menschen, Soldaten und Zivilisten, gerettet. Aber eine Vision für eine andere, eine bessere Gesellschaft hatten sie nicht.

Ganz anders im KZ Buchenwald. Hier formulierten die politischen Häftlinge, die mit der moralischen Autorität der Selbstbefreiung am 19. April 1945 auf dem Appellplatz antraten, einen antifaschistischen Grundkonsens, der bis heute humanistische, demokratische und linke Kräfte einigen kann: Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln, Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit! Diese Begriffe waren damals und sind auch heute klare Aussagen gegen antidemokratische und reaktionäre Entwicklungen, gegen Rassismus und Antisemitismus, gegen soziale Ungleichheit und insbesondere gegen alle Formen von Kriegs- und Großmachtpolitik.

Und das ist in der Tat ein Gegenentwurf zur herrschenden Politik in allen seinen Facetten. Anhänger einer solchen Politik können nicht gewürdigt werden, deren Leistungen müssen minimiert oder geleugnet werden – sonst könnten Nachgeborene vielleicht auf die Ideen kommen, sich solchen Vorstellungen anzuschließen.

Ulrich Schneider war kurzzeitig 1991 Leiter der Gedenkstätte Buchenwald und ist Geschäftsführer der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/Freundeskreis sowie Herausgeber ihres Mitteilungsblattes Glocke vom Ettersberg. Der Historiker befasst sich seit Jahrzehnten mit der Geschichte des Konzentrationslagers (auch in Kontakt mit Überlebenden). Er ist einer der Bundessprecher der VVN-BdA.

Das Interview führte Reinhard Jellen / junge welt

zuerst erschinen in jw 11.4.2015

Europäische Rechtsextreme & Russlands Machthaber:

Der braune Teppich wird für Nazis ausgerollt – NPD, „Goldene Morgenröte“ und anderes Gelichter pilgern gen Ost

Weite Teile der extremen Rechten in Westeuropa lieben definitiv die derzeitigen Machthaber in Russland. Einer ihrer prominentesten Vertreter brachte es soeben in einem Aufsehen erregenden Interview auf den Punkt. Der bald 87jährige Jean-Marie Le Pen führte in der am Donnerstag, den 9. April 2015 erschienen Ausgabe der altfaschistischen Hardcorezeitung Rivarol dazu aus: „Wir müssen uns zwingend mit Russland verständigen, um das boreale Europa und die weiße Welt zu retten.“

Die Wortewahl verdeckt dabei nur notdürftig den expliziten Bezug auf Begriffe, die selbst ein Jean-Marie Le Pen kaum offen verwenden kann. So bedeutet monde blanc, also „weiße Welt“, in diesem Falle natürlich nichts Anderes als „weiße Rasse“. Und das Adjektiv boréal, also „auf den Wald bezogen“, ist eine unverkennbare Anspielung auf ein Theorie, die seit den 1970er Jahre durch die antidemokratischen und antiegalitären Ideologen der so genannten Nouvelle Droite oder „Neuen Rechten“ entwickelt worden ist. Später wurde sie durch den nahezu offen nationalsozialistisch auftretenden Rasseideologen Pierre Vial, der aus diesem rechtsintellektuellen Milieu der Nouvelle Droite kam, sich dann aber in Richtung Affirmation einer ungeschminkten Blut und Boden-Ideologie fortentwickelte, aufgegriffen.

Diese Theorie handelt von den „Waldvölkern“ und den „Wüstenvölkern“. Beide seien auf unabänderliche Weise durch die Geographie ihres „natürlichen Lebensraums“ geprägt worden. Die „Waldvölker“ – die man sich als „nordisch“ vorzustellen hat, um den Nazijargon aufzugreifen – seien eher polytheistisch, dem Konkreten statt dem Abstrakten verpflichtet. Und es sei besser für sie, sich zum Neuheidentum zu bekehren und dadurch an die Tradition ihrer Ahnen anzuknüpfen, statt weiterhin einem von den „Wüstenvölkern“ übernommenen Monotheismus anzuhängen. Die monotheistischen Religionen hingegen seien im Prinzip alle drei abzulehnen. Letztere seien durch die „Wüstenvölker“ entwickelt worden, weil in den wüstenhaften Weiten ihrer Breitengrade der Hang zur Abstraktion aufkommen konnte: Wo keine Vegetation den Horizont verdeckt, kann der Geist herumschweifen und sich Dinge wie einen abstrakten universellen Gott ausdenken.

Jean-Marie Le Pen ist zwar kein Theoretiker, auch nicht im Sinne der Nouvelle Droite oder von Pierre Vial, sondern ein Machtpolitiker, der in diesem Augenblick Signale an die eine und im nächsten Moment Zeichen an die andere Strömung innerhalb der extremen Rechten aussenden kann. Etwa jetzt an die fundamentalistischen Rechtskatholiken und nachher an die faschistischen Neuheiden, deren Ideologie auch schon Teile der SS beeinflusst hatte. Doch in diesem Fall hat er, um das erwünschte enge Bündnis mit Russland zu rechtfertigen, in den Fundus der letztgenannten Strömung gegriffen. Dass sein Interview mit der seit 1951 existierenden Wochenzeitung Rivarol erhebliche Aufmerksamkeit erregte, liegt allerdings weniger an seinen Ausführungen über Russland. Es weist noch eine Reihe anderer, als Provokationen gewerteter Äußerungen auf. (*Vgl. dazu Artikel folgende Seite*)

Wenn es derzeit beim FN innerparteilich hochhergeht, dann nicht deswegen, weil etwa die Orientierung auf eine strategische Allianz mit Russlands Machthabern umstritten wäre. An diesem Punkt liegt Marine Le Pen vollkommen auf der Linie ihres Vaters. Ihre Pro-Putin-Orientierung war bereits hinlänglich bekannt, wurde aber am 2. April 2015 durch eine Veröffentlichung der Internetzeitung Mediapart nochmals eindrücklich bestätigt.

An diesem Tag publizierte Mediapart die französische Übersetzung mehrerer E-Mails und SMS des hochrangigen Kremlfunktionärs Timur Prokopenko, die zuvor durch Netzpiraten der Gruppe „Anonymous International“ gehackt worden waren. 66 Nachrichten, die der damals für Presse und Internet zuständige hohe Staatsfunktionär im Frühjahr 2014 absandte und empfing, betreffen Marine Le Pen. Prokopenko und seine Gesprächspartner erwägen dabei, die Chefin des Front National (FN) als angebliche Wahlbeobachter zum Referendum auf der Halbinsel Krim vom 16. März 2014 einfliegen zu lassen. Es stellt sich dann jedoch heraus, dass Marine Le Pen nicht kommen kann, weil sie zu dem Zeitpunkt mitten im frankreichweiten Kommunalwahlkampf steckt. An ihrer statt kommt der spätere Europaparlamentarier Aymeric Chauprade – der zu dem Zeitpunkt als führender „Geopolitiker“ des auftritt, seit Herbst jedoch nunmehr in Ungnade gefallen ist, unter anderem aufgrund von Positionsunterschieden zwischen ihm und Marine Le Pen gegenüber den USA.

Nach der Abstimmung, die international überwiegend nicht anerkannt wurde, zur Angliederung der Krim an Russland erklärte Marine Le Pen jedoch deren Ablauf und ihre Ergebnisse für gültig. „Sie hat unsere Erwartungen nicht enttäuscht“, kommentiert Prokopenko dazu. In der Folge diskutieren er und sein Kommunikationspartner „Kostia“ über eine finanzielle Unterstützung für den französischen FN. Was einmal mehr unterstreicht, dass die neun Millionen Euro russischer Gelder für den FN (vgl. http://www.trend.infopartisan.net/trd1214/t071214.html) auf keinen Fall einen unpolitischen Bankkredit darstellen, wie durch die Partei behauptet wurde und wird.

Andere rechtsextreme Parteien, mit denen der französische Front National offiziell nichts zu tun haben möchte – unter anderem aufgrund ihres zum Teil offen nazistischen Charakters -, trafen sich am 22. März 15 im Hotel „Holiday Inn“ in Sankt Petersburg. Rund 150 ausländische Teilnehmer kamen zu der Tagung, die durch die Wladimir Putin unterstützende Partei Rodina (Vaterland) ausgerichtet worden war und die offiziell den Namen „Internationales konservatives Forum“ trug. Gegenüber Journalisten erklärte der Pressesprecher des Kreml, Dmitri Peskow, Präsident Putin sei über das Stattfinden der Tagung „unterrichtet“, ohne weitere Kommentare.

Vor Ort befanden sich russische Rechtsextreme wie der 24jährige Alexei Miltschakow. Der frühere Skinhead kämpfte bewaffnet an der Seite der Separatisten in der Ostukraine, steht auf der Sanktionsliste der EU – als jüngste dort auftauchende Persönlichkeit – und posierte auf Fotos auch bereits unter Hakenkreuzfahnen. Auch der ultrarechte Publizist Konstantin Krilow nahm an dem Treffen teil. Aus dem Ausland angereist waren Udo Voigt als Vertreter der deutschen NPD, der Chef der British National Party (BNP) Nick Griffin, Repräsentanten der griechischen Neonazipartei „Goldene Morgenröte“ und der bulgarischen Partei Ataka, der italienische Neofaschist Roberto Fiore sowie der US-amerikanische Rassist Jared Taylor. Offiziell lag ihnen vor allem am Herzen, die „werteorientierte Familienpolitik“ der russischen Regierung zu unterstützen.

Der französische FN war nicht mit von der Partie, offiziell wegen Terminstaus. An seiner statt reiste ein ausgetretenes Ex-Mitglied an, der im Raum Lyon sowie in Genf tätige Anwalt Olivier Wyssa, ein erklärter Pétain-Sympathisant.

BS, Paris ■

Jean-Marie Le Pen hadert mit seiner eigenen Partei

Die Konflikte mit seiner Tochter & Nachfolgerin eskalieren...

„Wann kratzt der Alte endlich ab?“ Wenn nicht wörtlich so, dann doch zumindest ähnlich lautet die Frage, die derzeit viele Parteifunktionäre und -funktionärinnen beim Front National (FN) – laut oder leise – aufwerfen. Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, und Karikaturisten legen der amtierenden Chefin Marine Le Pen solche Ansinnen ausdrücklich nahe[1].

Dem Alten, ihm geht es jedoch erstaunlich gut. Vielleicht hat seine (erst) in den letzten Jahren praktizierte Alkohol-Abstinenz mit dazu beigetragen. Jean-Marie Le Pen gründete im Jahr 1972 den Front National, doch gab am 15./16. Januar 2011 anlässlich eines in Tours abgehaltenen Parteitags offiziell den Parteivorsitz an seine damals 42- und inzwischen 46jährige Tochter Marine ab. Er selbst wird am 20. Juni dieses Jahres mittlerweile 87 Jahre alt, und firmiert seit dem Parteitag von 2011 als „Ehrenvorsitzender“ der neofaschistischen Partei.

Und die Katze lässt das Mausen nicht. Am Donnerstag, den 2. April 15 machte Jean-Marie Le Pen ein weiteres Mal auf sich aufmerksam, indem er seine relativierenden Aussprüche über die Judenvernichtung im Zweiten Weltkrieg bekräftigte. Er war in einem Interview dazu provoziert worden, noch einmal Stellung zu seinem erstmals 1987 getätigten – und im Dezember 1997 in München, in Gegenwart von Franz Schönhuber, wiederholten – Ausspruch über „die Existenz der Gaskammern, ein Nebenumstand der Geschichte“ zu nehmen. Für dieses Zitat, das erstmals im Rahmen eines Fernsehinterviews vor bald achtundzwanzig Jahren fiel, war Jean-Marie Le Pen im Jahr 1991 zu umgerechnet rund 200 000 Euro Geldstrafe verurteilt worden.

Von der Wiederholung wird es nicht besser

Doch Jean-Marie Le Pen wäre nicht er selbst, hätte er seinen Ausspruch nicht ausdrücklich bekräftigt, nachdem er durch den TV-Starjournalisten und Sensationsreporter Jean-Jacques Bourdon dazu geradezu aufgefordert worden war. Bedauerte er seine Worte? „Absolut nicht, zu keinem Zeitpunkt. Was ich sagte, entspricht dem, was ich denke. Dass die Gaskammern einen Nebenumstand in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs waren – es sei denn, man möchte behaupten, der Krieg sei ein Nebenumstand der Gaskammern.“ Die Staatsanwaltschaft Paris leitete ein strafrechtliches Vorermittlungsverfahren dazu ein.

Die Debatte um die ursprüngliche Aussage von Jean-Marie Le Pen hat sich seit 1987 stets nur an dem Punkt dieses einen Ausdrucks, „Nebenumstand“ (im Wortlaut: point de détail), festgefressen. Dabei waren die ursprünglichen Aussagen des FN-Gründers und langjährigen Parteivorsitzenden in Wirklichkeit viel schlimmer. Denn sie begannen mit einer offenen Infragestellung der Existenz der Gaskammern: „Sechs Millionen Tote, wie? Ja, bin ich denn dazu verpflichtet, daran zu glauben? Wissen Sie, es gibt Fragen, die die Historiker bis heute nicht geklärt haben, wie den Untergang der Lusitania“, eines im Ersten Weltkrieg versenkten Dampfers. Den Ausdruck vom „détail“, der allein im kollektiven Gedächtnis hängen blieb, benutzte Le Pen senior erst am Ende der damaligen Interviewsequenz, um die Debatte zu beenden, nachdem er Widerspruch von mehreren Journalisten geerntet hatte.

Jean-Marie Le Pen schüttet Öl ins Feuer nach

Infolge der Aussprüche im TV-Interview vom 2. April 15 schwelte der Konflikt zwischen Jean-Marie Le Pen und Marine Le Pen, welch Letztere solcherlei Äußerungen unstrittig für taktisch und stretagisch schädlich hält, bereits heftig. Doch dann legte Jean-Marie Le Pen noch eine Ladung nach – und ließ den Schwelbrand zum offenen Feuer werden.

Ausgerechnet in der nur mit circa 3500 Exemplaren Auflage erscheinenden, altfaschistischen Hardcorezeitung Rivarol (*Ausgabe vom 9. April 15, welche unter dem Titel „Jean-Marie Le Pen, der letzte frei Mann“ erschien; Original liegt dem Verfasser vor*) erschien nun ein ausführliches Interview mit dem Parteigründer. Die 1951 gegründete Wochenzeitung scharte Jahrzehnte hindurch das Häuflein der „letzten Ausrechten“, den inneren harten Kern der unverbrüchlich treu zum historischen Faschismus Stehenden zusammen. Zwar hat ein gewisser Generationswechsel stattgefunden (und ist die Leserschaft in den letzten Jahren infolge der Pleite anderer rechtsextremer Publizistikorgane leicht angewachsen). Doch klar ist, dass man bei Rivarol – anders als in der jungen Generation der Parteiführer/innen beim FN – keinerlei Mühe darauf gibt und auch keinen Wert darauf legt, den eigenen faschistischen Charakter oder etwa den eigenen Antisemitismus irgendwie zu überschminken.

Bereits einmal hatte ein in Rivarol erschienenes Interview Marine Le Pen in Rage versetzt, und zwar im Januar 2005. Damals hatte ihr Vater dort zum Besten gegeben, dass „die deutsche Besatzung (in Frankreich) nicht sonderlich unmenschlich“ gewesen sei. Daraufhin zog Marine Le Pen – welche ihr Vater damals bereits auf die spätere Übernahme des Parteivorsitzes vorzubereiten suchte – sich für einige Monate in das Herkunftshaus der Familie, in der Bretagne, zurück. Heraus kam dann Marine Le Pens 2006 publiziertes, teilweise autobiographisches Buch A contre-flots (ungefähr „Gegen die Wellen“).

Nunmehr legte Jean-Marie Le Pen also im April 2015 nochmals kräftig nach. Und er teilte in mehrere Richtungen gründlich aus. So versicherte er wörtlich: „Ich habe den Marschall Pétain nie als Verräter betrachtet.“ Offener denn je in dieser Frage. Er behauptete ferner: „Wir werden auf allen Ebenen von Migranten regiert.“ Etwa durch Premierminister Manuel Valls, welcher in Spanien geboren und 1982 eingebürgert wurde: „Er ist Franzose seit dreißig Jahren, und ich seit 1000 Jahren.“ (Man wusste zwar, dass Jean-Marie Le Pen in fortgeschrittenem Alter ist, aber anscheinend wurde es bislang doch noch unterschätzt!)

Jean-Marie Le Pen gab ferner an, man werde „nie so gründlich verraten wie von den Seinen“, eine offenkundige Anspielung auf bestimmte Familienmitglieder. Und es gebe ein Problem mit „linksnationalistischen Ideen in der Partei“. Auf diese Weise suchte er die Abgrenzung von der wirtschafts- und sozialpolitischen Diskurspolitik seiner Tochter, die stark auf Sozialdemagogie beruht und eine Art zeitgenössischer, modernisierter und verbal etwas moderaterer Strasser-Linie fährt. (Nämlich in Anspielung auf den Demagogen Gregor Strasser vom so genannten „linken“ Flügel der NSDAP, der Adolf Hitler zu starke Nähe zum Großkapital vorwarf – doch zeitweilig selbst ebenfalls von Letzterem finanziert wurde.)

Vor allem die gar zu ungeschminkten Ausführungen zu Pétain, und zum „Verrat“ durch „die Seinen“, ließen wohl bei Marine Le Pen und anderen Führungsleuten die Galle überlaufen. Die Tochter forderte nunmehr den Vater in der Öffentlichkeit explizit dazu auf, die aktive Politik zu verlassen.

Die Parteiführung kündigte an, falls Jean-Marie Le Pen an seinen lauthals verkündeten Ambitionen auf eine Spitzenkandidatur bei den Regionalparlamentswahlen im Dezember 2015 in Südostfrankreich – in der Region PACA (Raum Marseille bis Nizza) festhalten wolle, dann werde man ihm die Kandidatur verweigern. Ja, man werde für den Fall, dass er trotz allem antrete, einen parteioffiziellen Gegenkandidaten zu ihm aufstellen2. Jean-Marie Le Pen selbst erklärte dazu in der Sonntagszeitung JDD vom 12. April 15, wenn überhaupt, dann werde er nur allenfalls zugunsten seiner Enkelin (und Nichte von Marine), der 25jährigen Parlamentsabgeordneten und Jurastudentin Marion Maréchal-Le Pen, auf eine Kandidatur verzichten: „Wenn ich nicht antrete, dann sehe ich nur Marion (als diejenige), die mich ersetzen könnte!“3 Die junge Abgeordnete steht in vielen aktuellen Fragen näher an den Positionen des Großvaters (bspw. 2012/13 für eine stärkere Beteiligung an der Protestbewegung gegen die Homosexuellen-Ehe, während ihre Tante Marine Le Pen in dieser Hinsicht weitaus eher für eine Strategie der Zurückhaltung eintrat). Auch wenn sie seine jüngsten Auslassungen vom 02. April 15 ebenfalls kritisierte, versucht er doch, sie zur Nachfolgerin neben Marine Le Pen aufzubauen.

Bernard Schmid, Paris ■

1 Vgl. http://xaviergorce.blog.lemonde.fr/2015/04/11/apres-lui/

2 Vgl. http://actu.orange.fr/politique/paca-si-jean-marie-le-pen-se-presente-aux-regionales-le-fn-investira-un-candidat-contre-lui-francetv_CNT0000008UBEN.html

3 Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/article/2015/04/12/regionales-en-paca-jean-marie-le-pen-adoube-sa-petite-fille_4614481_823448.html

Minderheitenrechte, Migration und Kampf gegen die jihadistische Bedrohung...

Ein, notgedrungen unvollständiger, Bericht vom Weltsozialforum in Tunis (24. bis 28. März 15)

Es wird Alles verziehen. Sogar dies: Auf ihren Flügen in der letzten Märzwoche dieses Jahres servierte die tunesische Fluggesellschaft TunisAir, die normalerweise eher korrektes Essen an Bord bietet, nur unverdauliche Sandwichs. Diese wurden aus Kartons serviert und schmeckten auch nach Karton. Davon betroffen waren auch jene der – je nach Angaben – zwischen 20 000 und 60 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Weltsozialforum (WSF), die mit TunisAir anreisten. Eine Mehrheit von ihnen brauchte dies allerdings nicht zu tun. Denn wenn auch die weltweite Beteiligung insgesamt rückläufig auslief, so hatte doch die tunesische Teilnahme gegenüber dem ebenfalls in Tunis abgehaltenen WSF vom März 2013 zugenommen. Aus fast allen Bevölkerungsschichten, auch wenn die studentische Komponente besonders stark vertreten war.

Was auf den ersten Blick wie eine faktische Schikane für die anreisenden Ausländer/innen wirkte, fand jedoch alsbald eine freundlichere Erklärung. Denn das Catering am Flughafen von Tunis wird seit längerem bestreikt. Dies erfuhr man zwar nicht von der Luftfahrtgesellschaft, wohl aber von den beim WSF zahlreich anwesenden Vertretern des tunesischen Gewerkschaftsdachverbands UGTT. Die Union générale tunisienne du travail, die zwischen 500 000 und eine Million Mitglieder in dem alles in allem elf Millionen Einwohner/innen zählenden Land aufweist, zählt zu den mit Abstand stärksten Gewerkschaftsverbänden in Afrika und im arabischsprachigen Raum. Und der Arbeitskampf im Flughafenbereich ist nur einer von zahllosen Arbeitskonflikten, die in jüngster Zeit in Tunesien stattfinden. So wurde im Dezember 2014 unter anderem an Schulen und Hochschulen gestreikt. Im Januar 2015 wurde ein Streikaufruf für Kliniken und Bluttransfusionszentren nach einer Einigung zurückgezogen, doch die Finanzämter streikten. Im Februar 15 waren es etwa die Berufsschulen in Sousse, die Post und eine Coca Cola-Fabrik in Sfax. Im März 15 folgten die tunesische Telekom, und am 15. April 2015 steht ein Streik des Lehrpersonals an Grundschulen auf dem Programm – eine Einigung scheiterte bislang.

Dies ist nur eine der Facetten einer Gesellschaft, die in Bewegung bleibt. Auch dann, wenn die seit dem 6. Februar 2015 amtierende Regierung unter Habib Essid, eine Art Große Koalition unter Einschluss der bürgerlich und im Wahlkampf anti-islamisch auftretenden Partei Nidaa Tounès (Appell Tunesiens) sowie der stärksten islamistischen Formation En-Nahdha (Wiedergeburt), den gegenteiligen Eindruck erweckt. Die Partei Nidaa Tounès, die ein Sammelbecken darstellt und manche Gewerkschafter ebenso wie Liberale, Nationalisten und beruflich recyceltes Personal der alten Diktatur aus den Jahren von vor 2011 umfasst, wird derzeit von heftigen inneren Streitigkeiten durchzogen. Bisweilen scheint sie am Rand der Spaltung zu stehen. Und obwohl die Regierungsbildung in großkoalitionärer Logik den Anschein lähmender innenpolitischer Stabilisierungs- und Restaurationstendenzen erweckt, so kommt doch die Gesellschaft nicht so schnell zur Ruhe.

Einen Eindruck davon erweckt auch eine der Abschlussveranstaltungen, mit denen das WSF am frühen Samstag Nachmittag (28. März 2015). In einem für den massiven Andrang schnell viel zu klein werdenden Hochschulraum präsentierte die „Tunesische Vereinigung für die Unterstützung der Minderheiten“ (ATSM), die seit 2011 tätig ist, ihre Aktivitäten. Kampf gegen Homophobie, gegen Judenfeindlichkeit, gegen die Diskriminierung der im Süden Tunesiens wohnenden schwarzen Minderheit; in jüngerer Zeit auch gegen Gewalttaten, die sich gegen zum Christentum konvertierte Tunesier sowie gegen Bahai richten – alles kam in einer konstruktiven Atmosphäre zur Sprache. Unter Teilnahme auch der „Vereinigung jüdischer Studenten in Frankreich“ (UEJF) wurden die diversen Diskriminierungs- und Gewaltphänomene, die insbesondere von Salafisten ausgehen, aber mitunter auch von Teilen der „Normalbevölkerung“ mitgetragen werden, thematisiert.

Amina von der ATSM unterstrich in ihrer Kritik auch Widersprüche in der Anfang 2014 verabschiedeten tunesischen Verfassung. Diese ist in ihrer Essenz weitgehend demokratisch und rechtsstaatlich ausgerichtet, betont in vielen Passagen die Rechtsgleichheit von Frauen und Männern – und dass auch En-Nahdha durch gesellschaftlichen Druck zur Zustimmung gezwungen war, kann als Fortschritt gewertet werden. Träume in Teilen der Parteibasis von einer Orientierung an der Scharia waren damit erledigt. Dennoch tauchen auch Widersprüche auf. Artikel 6 der Verfassung garantiert Glaubens- und Gewissensfreiheit, die auch Nichtreligiösen zugute kommen muss. Aber Artikel 74 schreibt vor, dass muslimischer Religion sein muss, wer zur Präsidentschaft kandidieren will. „Eine indirekte Art und Weise, die tunesische Staatsbürgerschaft zu definieren“, moniert Amina. Ebenso wird das „muslimisch-arabische Erbe“ Tunesiens betont, zwar „unter Öffnung für fremde Sprachen und Kulturen“. Doch aus Sicht von Amina ist diese Präzisierung schlimmer, als wenn kein Zusatz erfolgt wäre, weil etwa die oft diskriminierte Berberkultur im Land eben nicht „fremd“ ist und unerwähnt bleibt.

Viel wird in näherer Zukunft von der Auslegung des juristischen Texts, der in einigen Stellen sehr interpretierbar bleibt, abhängen. Auch lehnte eine Mehrheit der Abgeordneten es ab, neben dem Bezug auf arabische kulturelle Ursprünge auch den auf eine „mediterrane Identität“ in den Verfassungstext aufzunehmen. Dazu meinten Amina und andere Debattenteil-

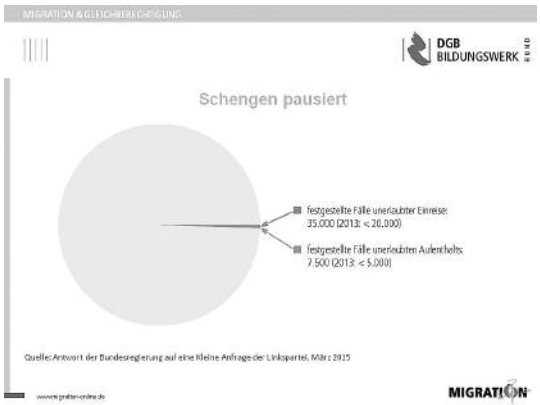
→

„Verdachtsunabhängig" oder Rassistisch?

2.313.750-mal hat die Bundespolizei im letzten Jahr „Kontrollen zur Verhinderung unerlaubter Einreise" durchgeführt.

Die EU-Kommission hat wegen dieser Praxis ein Vertragsverletzungsverfahren eröffnet. Sie bezweifelt, dass es sich bei dieser Dimension lediglich um Stichproben handelt.

http://www.migration-online.de ■



20 Jahre Offene Grenzen – aber nicht für Flüchtlinge

„Die Bundesregierung feiert „20 Jahre offene EU-Binnengrenzen" – und verschweigt, dass die EU-Kommission im Oktober letzten Jahres ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen unzulässiger Binnengrenzkontrollen eingeleitet hat. Die Freiheit des Reisens ohne Personenkontrollen gilt für viele Menschen in Deutschland nicht" so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, zum 20-jährigen Inkrafttreten des Schengener Durchführungsübereinkommens. Jelpke weiter:

„Gefeiert wird „die Freizügigkeit im Schengenraum" – doch diese gilt nicht für Flüchtlinge, die von der Bundespolizei gezielt aus Zügen, Bussen und Autos herausgeholt werden. Die Bundespolizei wählt gezielt Menschen nach ihrer Hautfarbe und anderen äußerlichen Merkmalen. Diese Praxis des racial profiling ist ein klarer Verstoß gegen das grundgesetzliche Diskriminierungsverbot.

2014 gab es mehr als 2,3 Millionen Polizeikontrollen im grenznahen Raum, die so genannte Schleierfahndung. Die EU-Kommission kritisiert, dass keine gesetzlichen Vorkehrungen getroffen wurden, um diese Kontrollen in quantitativer Hinsicht einzugrenzen. Bei den im Rahmen dieser Kontrollen wegen illegaler Einreise Aufgegriffenen handelt es sich sehr häufig um schutzbedürftige Flüchtlinge aus Syrien, Eritrea und Afghanistan – die Asyl-Schutzquoten bei diesen Ländern liegen zwischen 68 und 100 Prozent! Somit werden schutzbedürftige Flüchtlinge in einem großen Umfang bereits bei ihrer Einreise aus einem anderen EU-Staat nach Deutschland kriminalisiert. Das ist kein Grund zum Feiern!"

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de

Aktivist_innen verhindern erneut Abschiebung in Hildesheim

Am 8.4.2015 haben wiederholt 100 Aktivist_innen eine Dublinabschiebung eines Flüchtlings aus Hildesheim per Blockade verhindert. Der irakische Flüchtling sollte sich ab 8.30 Uhr zur Abschiebung nach Frankreich bereithalten. Dass die Aufnahmebedingungen für Flüchtlinge in Frankreich nicht so katastrophal wie in einigen osteuropäischen Staaten sind hat die Aktivist_innen nicht davon abgehalten ihre Blockade durchzuführen. Ihr Protest richtet sich stattdessen allgemein gegen Abschiebungen in andere Länder.

Quelle: http://www.nds-fluerat.org 09.04.2015 ■

Merseburg: Aktivist*innen verhindern Abschiebung

In Merseburg haben Aktivist*innen am Montagmorgen, 23.03., eine Abschiebung verhindert.

Die Mitteldeutsche Zeitung berichtet auf ihrer Internetseite. Etwa 70 Personen

---

Fortsetzung von vorheriger Seite

nehmer, es seien gar nicht so sehr die Islamisten von En-Nahdha gewesen, die sich dem gegenüber dogmatisch versperrten, sondern die säkularen Nationalisten, denen dieser Mittelmeer-Bezug im Ansatz zu mulitkulturell gewesen sei.

Erstmals traten auch die tunesischen Homosexuellenvereinigungen anlässlich des Weltsozialforums explizit an die Öffentlichkeit. Am Mittwoch, den 25. März 2015 hielten sie eine eigene Demonstration im Rahmen des WSF ab, die auch durch die Medien Tunesiens aufgegriffen wurde. Und am Donnerstag waren sie bei einer durch „FRIDA, the young feminist fund" organisierten Debatte über Feminismus in Nordafrika und im Nahen Ost massiv präsent, die Debatte drehte sich letztendlich vor allem um die Rechte gleichgeschlechtlicher Paare. Zwar wird Homosexualität seit 1990 in Tunesien offiziell nicht mehr als „Krankheit" definiert, und in den 2000er Jahren wurden auch die Lehrbücher diesbezüglich umgeschrieben, berichtete ein tunesischer Masterstudent der Psychologie. Doch der in der französischen Kolonialzeit eingeführte Paragraph 230 des Strafgesetzbuches, der sittenwidriges Verhalten unter Strafe stellt und gegen Sodomie angewandt wird, richtet sich zwar theoretisch gegen alle sexuellen Orientierungen – aber in der Praxis gegen Homosexuelle. Seine praktische Anwendung bleibt selten, unterhält jedoch ein Klima der Diskriminierung. Eine Studie der „Gesellschaft zur Bekämpfung sexuell übertragbarer Krankheiten" habe ergeben, dass 13 Prozent der tunesischen Bevölkerung homosexuell seien. „Es ist an der Zeit, dass wir an die Öffentlichkeit treten", meinte der Psychologiestudent unter Applaus. Der Aktivist Hamza vertrat die marokkanischen Homosexuellenvereinigungen, in deren Land homosexuelle Handlungen theoretisch mit Haft zwischen sechs Monaten und drei Jahren belegt werden können.

Die „Vereinigung für die Rechte unverheirateter Mütter" aus Tunesien, die algerische AIDS-Hilfe und andere – zahllose Kräfte aus der so genannten Zivilgesellschaft waren auf diesem Forum präsent, die noch vor wenigen Jahren nicht deutlich an die Öffentlichkeit getreten wären. Unvermittelt stand ihre Präsenz oft in räumlicher Nachbarschaft mit jener von völlig anderen Kräften. Etwa mit der Anwesenheit einer kleinen, aber lautstarken Gruppe von iranischen Regimeanhängern oder -agenten. Letztere traten in diesem Jahr diskreter auf als noch auf dem WSF von 2013, aber mit einer ähnlichen Strategie: Anfänglich gaben sie sich nicht offen zu erkennen, im Laufe der Tage zeigten sie jedoch immer frecher und unverhohlener Präsenz. Am ersten Tag sah man nur Fotos von mehr oder weniger verheerenden Auswirkungen israelischer Militäraktionen im Gazastreifen, doch am dritten Tag die iranische Flagge und ein Plakat, auf dem die Reichweite iranischer Raketen gepriesen wird.

Hingegen mischten tunesische Islamisten wesentlich weniger auf dem und rund um das Forum mit als noch 2013, als das damalige WSF in die Zeit ihrer Regierungsführerschaft fiel. Heute regieren sie nur noch als kleinere Partner der stärkeren Säkularisten von Nidaa Tounès mit.

Daneben zählten Migrationspolitik im Mittelmeerraum (und darüber hinaus) und die Solidarität mit den Migrant-innen, gewerkschaftliche Zusammenarbeit – etwa rund um die in Tunesien zu Hauf angesiedelten Call-Centers europäischer Konzerne und andere Subunternehmen – oder ökologische Themen wie der Kampf gegen das in Algerien und Tunesien massiv drohende „Fracking" für die Gewinnung von Schiefergas zu einigen der wichtigen Themen.

Das nächste Weltsozialforum findet im August 2016 in Montréal (Kanada) statt.

BS, Paris / Tunis ■

haben am Montagmorgen vor einem Gebäude in der König-Heinrich Straße gegen die Abschiebung einer siebenköpfigen Familie protestiert. Eine Sprecherin der Protestierenden hat gegenüber Radio Corax erklärt, dass eines der Kinder der Familie noch im Krankenhaus liege. Die Gruppe wolle nicht zulassen, dass die Familie auseinandergerissen werde. Die Familie, die ursprünglich aus Tschetschenien stamme, hätte am Montagmorgen um sechs Uhr nach Polen abgeschoben werden sollen. Dies ist durch die Unterstützung der Protestierenden verhindert worden. Die Polizei hatte sich laut Angaben der Sprecherin aber immer wieder vor dem Haus positioniert. Von Seiten der zuständigen Behörde habe man erklärt, dass nach einer angemessenen Lösung für die Situation gesucht werde. Die Aktivist*innen erklärten, dass sie zur Not auch mehrere Tage vor dem Haus verweilen würden, um die Abschiebung der Familie zu verhindern.

Laut Aussage aus dem Unterstützer*innenkreis ist die Familie seit Dienstagnachmittag vorerst nicht mehr von der Durchsetzung der Abschiebung bedroht.

Quelle: Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt 27.03.2015 ■

Übergriffe auf Flüchtlinge leider bundesweit

Chronik zu Angriffen und Hetze gegen Flüchtlinge 2015

„Ist Tröglitz überall? Nun, zumindest sind Übergriffe auf Flüchtlinge leider bundesweit festzustellen. Hier die aktuellen Zahlen unseres Partner-Projektes „Aktion Schutzschild“ der Amadeu Antonio Stiftung.

In Deutschland werden immer mehr gewalttätige Angriffe auf Flüchtlinge gezählt. Auch die rassistische Hetze nimmt zu – ob auf Facebook oder auf der Straße. Demonstrationen an denen sich rechtsgerichtete Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit Rechtsextremen in großer Zahl beteiligt haben, werden in den letzten Wochen deutschlandweit immer häufiger. Nicht ausschließlich muslimische Menschen, sondern auch Geflüchtete im Land sind von der Hetze und Stimmungsmache betroffen und geraten zunehmend in Gefahr.

Die Amadeu Antonio Stiftung führt gemeinsam mit PRO ASYL eine Chronik der Gewalt, die auf erschreckende Weise zeigt, dass neben der rassistischen und rechten Mobilisierung auf der Straße auch Onlinehetze zu tatsächlichen Angriffen auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte führt.

Im Jahr 2014 zählten die Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL einen deutlichen Anstieg von Angriffen gegen Flüchtlingsunterkünfte. Für das vorangegangene Jahr lassen sich insgesamt 69 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte zählen, darunter 34 Brandstiftungen. Zudem haben wir Kenntnisse von 60 tätlichen Übergriffen auf Einzelpersonen. Schon 2013 war laut

DIE LINKE zur aktuellen Debatte um ein Einwanderungsgesetz

LINKE für offene Einwanderungsgesellschaft und gleiche Rechte für alle – gegen ausgrenzende Gesetze

DIE LINKE tritt ein für eine offene Gesellschaft. Das erfordert gleiche Rechte auf soziale und politische Teilhabe für alle hier lebenden und nach Deutschland einwandernden Menschen. Die Aufenthaltsrechte Eingewanderter müssen gestärkt werden, etwa zur Wahrung des Familien-zusammenlebens.

Einwanderung ist keine Bedrohung oder ökonomische Belastung, sondern eine Bereicherung und Realität, die es positiv zu gestalten gilt.

In der aktuellen Debatte um ein neues Einwanderungsgesetz geht es nicht um die individuellen Rechte von Migrantinnen und Migranten. Es geht vor allem um ein Punktesystem, mit dem Hochqualifizierte oder Menschen mit besonders gefragten Berufskenntnissen weltweit angeworben werden sollen. DIE LINKE ist gegen eine solche selektive Migrationspolitik, die Rechte danach vergibt, ob Menschen nach kapitalistischen Verwertungskriterien als „nützlich“ oder „unnütz“ angesehen werden. Maßstab für uns sind die individuellen Menschenrechte, wir sind gegen eine Ausgrenzungen entlang nationaler Grenzen. Die Grenzen müssen offen sein für alle Menschen, nicht nur für besonders Wohlhabende oder Gebildete.

Etwa 60 Prozent aller Einwanderinnen und Einwanderer kommen aus anderen Ländern der EU nach Deutschland. Sie haben hierauf ein Recht (Freizügigkeit). Erforderlich ist eine gute und sozial gerechte Ausgestaltung dieser Einwanderung, nicht eine Begrenzung nach Nützlichkeitskriterien. Einheimische und (neu) Eingewanderte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Migration nach Deutschland ist auch eine Folge extremer ökonomischer Ungleichheit. Die Verbesserung und Angleichung der Lebensverhältnisse in der EU, aber auch weltweit, ist deshalb ein zentrales politisches Ziel der LINKEN.

DIE LINKE fordert:

- Die uneingeschränkte Gewährleistung des Grundrechts auf Familienleben. Dies betrifft den Nachzug von Ehegatten/LebenspartnerInnen und Kindern ohne Altersbeschränkung, Sprachtests oder Einkommensanforderungen und eine Ausweitung des Kreises der nachzugsberechtigten Familienangehörigen.
- Erhebliche Einbürgerungserleichterungen. Das erfordert unter anderem die Akzeptanz der doppelten Staatsangehörigkeit und ein Absenken der hohen Hürden bei Sprach- und Einkommensnachweisen und Gebühren. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit mit der Geburt muss zur Grundregel werden.
- Auf die Ausweisung von hier geborenen oder aufgewachsenen Menschen muss verzichtet werden. Die Antwort auf individuelle Fehlentwicklungen darf nicht eine Verbannung aus dem Geburtsland sein. Dies widerspricht dem Menschenrecht auf Achtung des Privatlebens nach Art. 8 EMRK und fördert rassistische Kategorisierungen in der Gesellschaft.
- Das Wahlrecht soll dauerhaften Einwanderinnen und Einwanderern auf allen Ebenen (Bund, Land, Kommunen, EU-Wahlen) zugestanden werden, um sie als gleichberechtigte politische Akteure anzuerkennen. An Wahlen und Abstimmungen auf kommunaler Ebene sollen Drittstaatsangehörige unter den gleichen Bedingungen wie EU-Angehörige teilnehmen können.
- Die Gesetze zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen müssen ausgebaut werden, insbesondere bedarf es kostenloser Weiterbildungs- und Qualifikationsmaßnahmen, um zu einer fairen Anerkennung der erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten zu kommen.
- Das EWG-Türkei-Assoziationsabkommen muss endlich wirksam umgesetzt werden. Viele hieraus resultierende Rechte werden türkischen Staatsangehörigen unter Missachtung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs verwehrt.
- Integrationsangebote, Sprachkurse, Arbeitsfördermaßnahmen, soziale Unterstützungsangebote usw. müssen allen neu ankommenden Einwanderinnen und Einwandern offen stehen; bestehende gesetzliche Benachteiligungen aufgrund des Aufenthaltsstatus müssen aufgehoben werden

Quelle: Beschluss der Faktion DIE LINKE. im Bundestag vom 24. März 2015 zur aktuellen Debatte um ein Einwanderungsgesetz ■

Übergriffe auf Flüchtlinge leider bundesweit

Chronik zu Angriffen und Hetze gegen Flüchtlinge 2015

„Ist Tröglitz überall? Nun, zumindest sind Übergriffe auf Flüchtlinge leider bundesweit festzustellen. Hier die aktuellen Zahlen unseres Partner-Projektes „Aktion Schutzschild“ der Amadeu Antonio Stiftung.

In Deutschland werden immer mehr gewalttätige Angriffe auf Flüchtlinge gezählt. Auch die rassistische Hetze nimmt zu – ob auf Facebook oder auf der Straße. Demonstrationen an denen sich rechtsgerichtete Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit Rechtsextremen in großer Zahl beteiligt haben, werden in den letzten Wochen deutschlandweit immer häufiger. Nicht ausschließlich muslimische Menschen, sondern auch Geflüchtete im Land sind von der Hetze und Stimmungsmache betroffen und geraten zunehmend in Gefahr.

Die Amadeu Antonio Stiftung führt gemeinsam mit PRO ASYL eine Chronik der Gewalt, die auf erschreckende Weise zeigt, dass neben der rassistischen und rechten Mobilisierung auf der Straße auch Onlinehetze zu tatsächlichen Angriffen auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte führt.

Im Jahr 2014 zählten die Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL einen deutlichen Anstieg von Angriffen gegen Flüchtlingsunterkünfte. Für das vorangegangene Jahr lassen sich insgesamt 69 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte zählen, darunter 34 Brandstiftungen. Zudem haben wir Kenntnisse von 60 tätlichen Übergriffen auf Einzelpersonen. Schon 2013 war laut Bundeskriminalamt die Anzahl der Gewalt- und Propagandadelikte auf mehr als das Doppelte gegenüber dem Vorjahr (2012: 24 / 2013: 58) gestiegen. Asylsuchende werden deutschlandweit derzeit zur Zielscheibe rassistischer und rechter Hetze. Neben Berlin, Nordrhein-Westfalen und Sachsen als Spitzenreiter sind die meisten Bundesländer mehrfach vertreten. Im Jahr 2014 sind bisher nur das Saarland und Bremen nicht aufgefallen.

Die Chronik der Amadeu Antonio Stiftung fasst Übergriffe und Demonstrationen gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte des laufenden Kalenderjahres zusammen. Die Angriffe sind regional breit gestreut. Die Datengrundlage der Chronik sind öffentlich zugängliche Berichte in Zeitungsartikeln. Ergänzend wurden einige Fälle aufgenommen, die von lokalen Initiativen gemeldet wurden. Falls Vorfälle in der Chronik fehlen, kontaktieren Sie uns.“

http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/chronik-zu-angriffen-und-hetze-gegen-fl%C3%BCchtlinge-2015-9992

Quelle: Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (ffm-online.org) – Netz-Gegen-Nazis.de; 08.04.2015

Bundeskriminalamt die Anzahl der Gewalt- und Propagandadelikte auf mehr als das Doppelte gegenüber dem Vorjahr (2012: 24 / 2013: 58) gestiegen. Asylsuchende werden deutschlandweit derzeit zur Zielscheibe rassistischer und rechter Hetze. Neben Berlin, Nordrhein-Westfalen und Sachsen als Spitzenreiter sind die meisten Bundesländer mehrfach vertreten. Im Jahr 2014 sind bisher nur das Saarland und Bremen nicht aufgefallen.

Die Chronik der Amadeu Antonio Stiftung fasst Übergriffe und Demonstrationen gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte des laufenden Kalenderjahres zusammen. Die Angriffe sind regional breit gestreut. Die Datengrundlage der Chronik sind öffentlich zugängliche Berichte in Zeitungsartikeln. Ergänzend wurden einige Fälle aufgenommen, die von lokalen Initiativen gemeldet wurden. Falls Vorfälle in der Chronik fehlen, kontaktieren Sie uns.“

http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/chronik-zu-angriffen-und-hetze-gegen-fl%C3%BCchtlinge-2015-9992

Quelle: Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (ffm-online.org) – Netz-Gegen-Nazis.de 08.04.2015 ■

Bund und Länder streiten um Geld für Versorgung von Flüchtlingen

Im Streit zwischen Bund und Ländern über die Versorgung von Flüchtlingen wird der Ton schärfer. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) wies Forderungen aus den Ländern nach mehr Geld erneut entschieden zurück. Er rate allen großen politischen Parteien dazu, eng zu kooperieren. Über die Versorgung von Asylbewerbern zu streiten, könne Rechtsextremen nutzen. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) forderte, Flüchtlinge als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen.

Der Bund solle mit Ländern und Kommunen einen Pakt schließen, in dem die notwendigen Mittel zugesagt und deren Verwendung geregelt wird, sagte Albig der „Welt am Sonntag“: „Ich erwarte von Bundeskanzlerin Merkel, dass sie ihrem Kabinett sagt: ‘Wenn wir nicht wollen, dass nach den nächsten Kommunalwahlen in jedem Kommunalparlament zehn Nazis sitzen, dann ist es hohe Zeit, den Ländern und Kommunen zu helfen.’„

Möglichst schnell müsse genügend Wohnraum in der Mitte der Gemeinden bereitgestellt werden. „Wir müssen aufpassen, dass wir keine riesigen Flüchtlingsgettos wie in Jordanien schaffen“, sagte Albig. Es dürfe keine „Gesellschaft neben der Gesellschaft“ entstehen.

Die Länder hatten vom Bund im vergangenen Jahr die Zusage über einmalige Zahlungen in Höhe von insgesamt einer Milliarde Euro für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen bekommen…. Nach Darstellung der Bundesländer reicht das Geld nicht aus. Zudem zweifeln einige Regierungschefs an der aktuellen Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, das für das laufende Jahr mit 250 000 Erstanträgen auf Asyl rechnet. Die Bundesländer erwarten teils deutlich mehr Asylbewerber.

„Die Schätzungen des Bundesamtes für Migration waren in den vergangenen Jahren nicht schlecht“, sagte de Maizière dem Berliner Tagesspiegel am Sonntag und warnte davor, politische Forderungen an den Bund mit unsicheren Prognosen zu untermauern, die großes Verunsicherungspotenzial hätten. Er sehe keinen Grund, von der Vereinbarung aus dem vergangenen Jahr abzuweichen.

Albig schlug hingegen vor, dass der Bund die Kosten für die Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge vollständig übernimmt. Zugleich müssten die Asylverfahren beschleunigt werden, indem der Bund dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mehr Personal zur Verfügung stellt. Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) schloss sich der Forderung an. „Wir stehen nicht mehr weit von dem Punkt entfernt, wo die Leistungsfähigkeit des aktuellen Systems infrage gestellt ist“, sagte er der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung.

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Katrin Göring-Eckardt, sagte, der Bund dürfe die Länder und Kommunen nicht alleine lassen. „Wir brauchen einen nationalen Flüchtlingsgipfel, bei dem der Bund gemeinsam mit den Ländern, Kommunen sowie Wohlfahrts- und Flüchtlingsverbänden eine Gesamtstrategie erarbeitet“, sagte Göring-Eckardt am Sonntag in Berlin. Der Bund müsse sich schnellstmöglich an den Kosten etwa für Unterbringung und Gesundheitsversorgung beteiligen.

Bundesinnenminister de Maizière will die Aufnahme weiterer Flüchtlinge aus Syrien an ein europäisches Programm knüpfen. Deutschland habe aus der Krisenregion bisher 105 000 Menschen aufgenommen, sagte er dem „Tagesspiegel am Sonntag“. Deshalb halte er es für „angemessen, dass das nächste Aufnahmeprogramm ein europäisches Programm wird“. …

Rund 3,8 Millionen Männer, Frauen und Kinder aus Syrien sind laut dem Flüchtlingshilfswerk UNHCR auf der Flucht vor dem 2011 entfachten Bürgerkrieg. Die meisten von ihnen kamen in den Nachbarländern Türkei, Libanon, Jordanien und Irak unter. (epd/mig)

Quelle: http://www.migazin.de 31.03.2015 ■

Anonymer Krankenschein, anonyme Abrechnung und anonymisierte Chipkarte

Dr. Gisela Penteker, Vorsitzende des Flüchtlingsrats Niedersachsen, übt mit der nachfolgenden Erklärung scharfe Kritik an der Kampagne der CDU Niedersachsen gegen den Modellversuch des Landes zur Inanspruchnahme medizinischer Leistungen durch Menschen ohne definierten Aufenthaltsstatus.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen fordert seit vielen Jahren die Einführung eines „anonymen Krankenscheins". Wir begrüßen ausdrücklich die Entschließung des niedersächsischen Landtags vom 18.12.2014 (Drs. 17/2621), einen Modellversuch zur Inanspruchnahme medizinischer Leistungen durch Menschen ohne definierten Aufenthaltsstatus durchzuführen. Im Rahmen des von der Landesregierung beabsichtigten Paradigmenwechsels in der Flüchtlingspolitik ist diese Entscheidung folgerichtig. Die baldige flächendeckende Einführung des anonymen Krankenscheins, oder besser noch der anonymen Chipkarte sollte dem Modellversuch folgen.

Die Kampagne der CDU gegen den „anonymen Krankenschein", wie sie in der Anfrage der CDU vom 3.3.2015 zum Ausdruck kommt, wirft uns zurück auf den Anfang der Diskussion vor etwa 15 Jahren. Als ob seit damals nichts geschehen wäre! Nach wie vor gilt, was das Deutsche Institut für Menschenrechte bereits 2007 den Bundes- und Landesregierungen ins Stammbuch geschrieben hat:

„Die medizinische Versorgung der gesamten Bevölkerung ist eine Verpflichtung für Staat und Gesellschaft. Der Staat hat die Verpflichtung, auch für soziale Gruppen in besonders prekären Lebenslagen barrierefreien Zugang zu einer Bedarfsgerechten medizinischen Versorgung zu gewährleisten. Diese Verpflichtung lässt sich direkt aus dem Grundgesetz mit seinem Bekenntnis zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten ableiten. Daraus folgt, dass der Staat auch aktive Maßnahmen ergreifen muss, damit Menschen von ihren grundlegenden Rechten wirksam Gebrauch machen können". (Deutsches Institut für Menschenrechte, Bericht der Bundesarbeitsgruppe Gesundheit/Illegalität, 2007)

Dass es Menschen ohne definierten Aufenthaltsstatus in Deutschland gibt, wurde von politischen Entscheidungsträger_innen lange geleugnet – weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Bis heute fehlen, trotz etlicher Forschungsarbeiten, verlässliche Zahlen. Die Schätzungen des DIM gehen von 200 000 bis 600 000 Menschen aus.

Jörg Alt veröffentlichte 1999 seine Studie „Illegal in Deutschland – Forschungsprojekt zur Lebenssituation „illegaler" Migranten in Leipzig". Es gab weitere Studien in München, Köln Frankfurt, die alle über die Gründe für ein Leben in der Illegalität und über die Lebensbedingungen Auskunft geben, aber keine Zahlen benennen können.

Auch über die Zusammensetzung der Gruppen, die man zu den „Menschen ohne Papiere" zählt, gibt es unterschiedliche Meinungen. Da sind zum einen die Arbeitsmigrant_innen, die ohne Visum eingereist sich häufig in prekären Arbeitsverhältnissen finden. In privaten Haushalten, in der Landwirtschaft, im Baugewerbe scheint es unerschöpflichen Bedarf zu geben. Da sind Tourist_innen, die nach Ablauf ihres Visums nicht ausgereist sind, Student_innen, die ihr Studium abgebrochen haben oder nach Beendigung des Studiums keine Arbeit aufnehmen konnten oder durften. Da sind abgelehnte Flüchtlinge, die nicht in ihre Heimat zurückkehren können, Familienangehörige, denen der Familiennachzug nicht erlaubt wurde. Diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Foto: md-protestfotografie.com

Für alle Menschen , die in unserem Land leben, gelten sowohl das Grundgesetz als auch die Menschenrechte, zu deren Einhaltung sich die Bundesregierung in verschiedenen internationalen Konventionen verpflichtet hat. Die staatlichen Aufgaben zur medizinischen Versorgung der Menschen ohne definierten Aufenthaltsstatus werden bisher überwiegend von ehrenamtlichen Bürger_innen auf Spendenbasis und von einzelnen engagierten Ärzt_innen geleistet, die noch dazu immer wieder verunsichert werden durch die unzutreffende Behauptung, dass sie sich der Beihilfe zum illegalen Aufenthalt strafbar machen.

In nahezu allen größeren Städten gibt es Büros der medizinischen Flüchtlingshilfe und der Malteser Migrantenmedizin, die von den Ordnungskräften weitgehend in Ruhe gelassen werden, weil sie versuchen, ein gesellschaftliches Problem zu kompensieren, vor dem der Staat bislang die Augen verschließt.

Zu den Fragen der Übermittlungspflicht, der ärztlichen Schweigepflicht, der vielfältigen Zugangsbarrieren zu einer verlässlichen und effektiven Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Papiere haben alle Ärztetage der vergangenen mindestens 15 Jahre klare Beschlüsse gefasst, siehe den Bericht der Bundesarbeitsgruppe Gesundheit/Illegalität, Kap.V und die Stellungnahme der zentralen Ethikkommission bei der Bundesärztekammer von 2013.

Es gibt schon jetzt Modellversuche zum Fondsmodell in München und zum anonymen Krankenschein in Berlin. Die bereits beschlossenen gesetzlichen Änderungen zur Notfallverordnung sorgen dafür, dass Krankenhäuser für Notfallbehandlungen mit dem zuständigen Sozialamt abrechnen können, ohne die Daten der Patient_innen offen zu legen, bzw. ohne dass das Sozialamt die Daten an die Ausländerbehörde übermitteln darf. Den Kritiker_innen aus der CDU seien die Worte des Hildesheimer Bischofs Norbert Trelle, Vorsitzender der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, ans Herz gelegt, der im Rahmen des katholischen Forums „Leben in der Illegalität" seit 2004 für bessere Rechte von Illegalisierten streitet und im „Forum Weltkirche" vom 1.7.2014 feststellte:

„Eine restlose Auflösung der … Spannung zwischen der Migrationskontrolle als Teil des Ordnungsrechts einerseits und den Rechten der Menschen ohne Aufenthaltsstatus andererseits wird es nicht geben. Die derzeitige einseitige Betonung des Ordnungsrechts verschärft diese Spannung allerdings, ohne dabei das Ziel der besseren Kontrolle überhaupt zu erreichen. Als Kirche nehmen wir in der Debatte um das politisch Mögliche und rechtlich Nötige vor allem aber auch die ethische und moralische Dimension in den Blick. Es geht um einen konkreten Kranken, der einen Zugang zu medizinischer Regelversorgung benötigt und auch tatsächlich haben soll. Es geht um einen konkreten Arbeitnehmer, der beispielsweise Schutz vor Ausbeutung braucht und sich daher auch selbstverständlich an unsere rechtsstaatlichen Institutionen wenden können muss. Und schließlich geht es um Kinder, die auch ganz praktisch die Möglichkeit zu einem Zugang zu Bildung erhalten müssen, um eine Zukunft zu haben."

Quelle: Pressemitteilung Flüchtlingsrat Niedersachsen 08.04.2015

Osterode: Privatbetreiber und Söldner für die Erstaufnahmeeinrichtung?

Im November 2014 waren sie noch ein Herz und eine Seele: Der Geschäftsführer des Stader Unternehmens „Princess of Finkenwerder“ und sein „Partner“ Jan Karras aus Hamburg stellten der Öffentlichkeit ihre Pläne ihre Pläne zum Umbau der brachliegenden Osteroder Kaserne vor (s. Harzkurier vom 21. November 2014). „Wir bauen die Gebäude entsprechend aus und vermitteln sie dann an unsere Kunden weiter“, erläuterte Koch die Geschäftsidee.

Schon damals vermuteten Anwohner_innen, die Kaserne solle in eine Flüchtlingseinrichtung umgewandelt werden. Sie sollten Recht behalten: Innenministerium und Stadt luden Ende Februar zu einer Informationsveranstaltung am 16. März ein und erläuterten ihre Pläne, in Osterode eine fünfte Aufnahmeeinrichtung zu schaffen.

Die Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger sind bemerkenswert: Die Einrichtung selbst stößt auf weitestgehende Akzeptanz, viele Osteroder äußern – auch in Leserbriefen – ihre Hilfsbereitschaft. Auf erhebliche Vorbehalte stößt jedoch die Betreiberfirma (siehe Harzkurier 18. März: Bürger äußern sich skeptisch über Betreiber). Es erscheint in der Tat erklärungsbedürftig, warum die Landesregierung die staatliche Aufgabe, eine Erstaufnahme von Flüchtlingen und ihre Verteilung auf die Kommunen zu gewährleisten, einem Privatunternehmen übertragen will. Der dafür vorgesehene Generalunternehmer, die Hamburger Princess of Finkenwerder GmbH & Co KG, besitzt weder Erfahrungen noch Qualifikationen für die Übernahme einer solchen Aufgabe. Im Übrigen verlangt die Durchführung einer solchen Aufgabe eine strikte Orientierung am Gemeinwohl – das verträgt sich schlecht mit dem Ziel, über den Betrieb einer solchen Einrichtung private Gewinne zu erwirtschaften.

Noch fragwürdiger erscheint das Vorhaben, den Betrieb der Erstaufnahme einem privatwirtschaftlichen Unternehmen zu übertragen, vor dem Hintergrund der obskuren Geschäfte des Partnerunternehmens von Jan Karras. Die Firma bietet auf ihrer Website Greenzone-consulting.de, wie der Linken-Kreistagsabgeordnete Frank Kosching aus Osterode herausgefunden hat, „weltweite Dienstleistungen“ an, von denen der individuelle Schutz von Personen oder Objekten nur eine sei. Auf der Greenzone-Website („Ansprechpartner“ laut Impressum: Jan Karras) heißt es in der Rubrik „Objektschutz“:

„Das Sicherheitspersonal wird von uns überprüft, ausgebildet, ausgerüstet, eingesetzt und geführt. Die westlichen Einsatzleiter sind erfahrene ehemalige Angehörige westlicher Streitkräfte und Sicherheitsbehörden. Die internationalen Einsatzkräfte sind allesamt erfahrene ehemalige Militärangehörige. Es können bis zu ca. 600 internationale Einsatzkräfte bereitgestellt werden.“ Was genau mit einer solchen Söldnertruppe geleistet werden kann, beschreibt Greenzone auch: „Während wir einerseits sehr erfolgreich kritische Unterstützungsaufgaben für das Militär und zivile staatliche Institutionen übernehmen, sind wir in anderen Bereichen und für nicht-staatliche Auftraggeber nicht weniger erfolgreich aktiv: Sicherheit, Ausbildung, Entwicklung der Infrastruktur, Logistik, Life-Support, IT und Kommunikation. Mit diesen Fähigkeiten sind wir in der Lage, unseren Kunden End-to-End-Lösungen anzubieten – angefangen bei der Planung, der Personalanwerbung und Überprüfung über Reiseunterstützung, Empfang am Flughafen (einschließlich Transfer), Sicherheit (persönlich, statisch, elektronisch, Konvoi usw.) bis hin zur räumlichen Verlegung (Luft und Land). Auch allgemeiner Life-Support wie der Aufbau von Unterkünften, Betrieb und Überwachung, Catering, IT und Kommunikation, Planung und Konstruktion zählt zu unseren Stärken“.

Nach entsprechenden Pressemeldungen in der taz (Dubiose Gemengelage), im NDR (Söldnerfirma für Flüchtlinge?) und im Harzer Wochenspiegel (Söldner in der Kaserne?) beeilte sich das Innenministerium zu erklären, dass das Land ausschließlich mit Herrn Koch und nicht mit Herrn Karras verhandele, und dass die Entscheidung noch offen sei. „Für den Sicherheitsdienst gelten die in der Selbstverpflichtung festgelegten Standarts und Kriterien“, erklärte MI-Pressesprecherin Nadine Bunzler laut Harzkurier vom 26. März 2015. „Inwieweit ein Unternehmen, an dem Herr Karras beteiligt ist, überhaupt mit Sicherheitsdiensten für einen möglichen Erstaufnahmestandort Osterode betraut werden könnte, ist völlig offen.“ Wenn der Eigentümer des Geländes als Betreiber nicht infrage komme, würden Alternativen geprüft. So sei in Osnabrück zum Beispiel die Diakonie tätig. Auch Herr Koch beeilte sich in Sorge um seine Reputation zu erklären: „Jan Karras ist bei uns nicht mehr als ein Dienstleistender in beratender Funktion.“ (siehe: Harzkurier 26.03.2015)

In der Frage, wer die Erstaufnahmeeinrichtung betreiben soll, scheint das letzte Wort also noch nicht gesprochen. Frank Kosching trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er schreibt:

„Bei aller berechtigten Kritik sollte man der Princess of Finkenwerder wirklich eine Chance geben: und zwar als Eigentümer der Kaserne, nicht als – völlig unerfahrener – Generalunternehmer für ein so komplexes und sensibles Projekt. Das Land kann das Objekt anmieten und die Erstaufnahmeeinrichtung selbst betreiben oder auch einen Wohlfahrtsverband wie etwa die Diakonie damit beauftragen. Die Flüchtlinge wären in den Räumlichkeiten gut untergebracht und Osterode würde von Sekundäreffekten profitieren. All dies funktioniert aber nur, wenn man die Asylsuchenden mit Hilfe eines 150-prozentig seriösen und zuverlässigen Sicherheitsdienstes vor möglichen fremdenfeindlichen Übergriffen schützen kann.“

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 31.03.2015 ■

Israel-Ruanda-Deal: Abschiebung nach Kigali

Die ersten Fern-Lager, die westliche Industriestaaten für Abgeschobene in Zentralafrika errichten lassen, entstehen in Ruanda: Israel hat mit Ruanda einen millionenschweren Vertrag abgeschlossen, um ostafrikanische Flüchtlinge – EritreerInnen und SudanesInnen – aus Israel nach Ruanda abzuschieben, wo sie nie gewesen sind. Fern-Lager für verbannte Flüchtlinge erinnern an Praktiken aus Kolonialzeiten, als europäische Mächte Aufständische und Flüchtlinge beispielsweise von Algerien nach Ostasien verbannten.

Quelle: http://ffm-online.org (Forschungsgesellschaft Flucht und Migration) 04.04.2015 ■

Uni Lüneburg öffnet sich für Asylsuchende

Meldung Flüchtlinge dürfen in Lüneburg künftig Vorlesungen besuchen. Damit will die Universität einen Beitrag zur Integration leisten. Das Gasthörerprogramm startet zum kommenden Semester.

Das Semester hat gerade erst angefangen, Anmeldungsmöglichkeiten für Gasthörer_innen sind noch offen sind. Vielleicht wäre es auch etwas für andere Unis? Die Idee darf gerne weitergeleitet werden.

Natürlich ist ein Gasthörerprogramm nur eine Krücke – diese Krücke kann aber deutlich machen, woran es tatsächlich fehlt:

Ausreichende Ressourcen für Beratung und Kostenübernahme für die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse bereits während des Asylverfahrens

Zugang zu Sprachkursen und sonstigen Bildungsangeboten auch während des Asylverfahrens, insbesondere auch für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren

Quelle: http://www.nds-fluerat.org 08.04.2015Israel-Ruanda-Deal: Abschiebung nach Kigali ■

8. Mai 2015

Übersicht über die in den Landesverbänden der VVN-BdA geplanten Aktivitäten zum 8.Mai 2015, dem 70. Jahrestag der Befreiung

Baden-Württemberg

Bündnisdemonstration (VVN-BdA und Gewerkschaften) am 9. Mai 2015 in **Stuttgart** Vielfältige dezentrale Veranstaltungen in den Kreisen; Zentrale Gedenkveranstaltung in **Birnau** am 9. Mai 2015 (baden-wuerttemberg@vvn-bda.de)

Berlin

2. Mai 1945 Erinnerung am Schulenburg-Ring (Ort der Kapitulation) Am 9. Mai die traditionelle Feier am Ehrenmal im Treptower Park „Wer nicht feiert, hat verloren!“ neuntermai (berlin@vvn-bda.de)

Bremen

VVN begleitet ausländische Gruppen (Frankreich und Belgien) auf dem Weg nach Neuengamme. 9. Mai 2015 – VVN plant eine „Lesung“ aus „Der Aufbau“ (antifaschistische Zeitung). Ggf. noch regionale Veranstaltungen (bremen@vvn-bda.de)

Hamburg

8. Mai 2015: Universität – Eröffnung der Widerstandsausstellung (FIR) Abends szenischer Rundgang zu Stätten von Verfolgung und Widerstand 9. Mai 2015 Befreiungsfest (in einem breiten politischen Bündnis) in den Wallanlagen (6 Stunden Programm) 10. Mai 2015 Ohlsdorfer Friedhof – Gedenkveranstaltung (Neue Statue im Ehrenhain) (vvn-bda.hh@t-online.de)

Hessen

In den Kreisvereinigungen werden größere Veranstaltungen stattfinden FFM – Fest der Befreiung (am 8. Mai 2015 – kulturpolitische Veranstaltung) Sechs Kultur- und Musikgruppen, Lesungen, Gesprächsrunden, wenige Ansprachen. Breites Unterstützerbündnis (VVN-BdA, DGB, jüdische Gemeinde etc.) unter der Schirmherrschaft des OB Feldmann.

Kassel

Kundgebung mit Infoständen, Rednern und Musik

Offenbach

Ebenfalls Befreiungsfest am 8. Mai 2015 unter Beteiligung des OB.

Mecklenburg-Vorpommern

Schwerin: 7. Mai, Dokumentarfilm über die Befreiung von Schwerin durch die 82. US-Luftlandedivision (1 Stunde), Kino unterm Dach in der VHS „Ehm Welk“, Puschkinstraße 13 8. Mai, Kundgebung zum 70. Jahrestag der Befreiung des Faschismus am Platz der Opfer des Faschismus, Redner: Henning Förster (MdL) 9. Mai, 15.00 Uhr, Festveranstaltung zum Tag des Sieges, „Ritterstuben“ in Schwerin, Ritterstraße 3 20.04.-15.05., Ausstellung des Museums Karlshorst in Berlin über die Befreiung vom Faschismus in der VHS „Ehm Welk“ in Schwerin, Puschkinstraße 13, initiiert durch die Osteuropagesellschaft MV e.V. Rostock: 8. Mai, VVN-Kundgebung zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, Puschkinplatz, Sowjetischer Soldatenfriedhof, VVN-BdA, Jüdische Gemeinde und andere Organisationen 9. Mai, Veranstaltung zum Tag des Sieges in der Gaststätte „Nordlicht“, Ratzeburger Str. 8 Demmin: 8. Mai, Veranstaltung zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus unter Beteiligung des Landesvorstandes der VVN-BdA MV

Niedersachsen

Regionale Veranstaltungen **Hannover**: Maschsee-Gedenken, Gerichtsgefängnis Maschsee – Zentrum, ggf. anschließend Filmvorführung und Feier. In **Bergen-Belsen** gibt es eine zentrale Befreiungsfeier mit einem eigenen Beitrag der VVN-BdA. Außerdem gibt es eine von der IG Metall getragene Großveranstaltung am 8. Mai 2015. KZ Gedenkstätte **Esterwegen**: 9. Mai Kundgebung mit einer Rede von Dr. Axel Holz

Nordrhein-Westfalen

Die Stadt **Solingen** übernimmt die Wenzelsberg-Schlucht-Gedenkveranstaltung (Festakt Theater- und Konzerthaus). 18. April wissenschaftliche Konferenz mit der Marx-Engels-Stiftung **Oberhausen**, Demonstration am 8.5. Duisburg (nrw@vvn-bda.de)

Rheinland-Pfalz

Mainz (vvn-bda-mainz@gmx.de Kaiserslautern sind noch in der Vorplanung. Kundgebung, Fest und inhaltliche Veranstaltung vorgeschlagen. (VVN-BdA Kaiserslautern, Tel.: 0631-65522, vvn-bda-kl@gmx.de)

Sachsen

16. Mai, 10.30 Uhr Festveranstaltung im Dorint-Hotel in **Dresden** mit Kulturprogramm 27. Mai 2015: erinnerungspolitische Tagung an der Ev. Hochschule Dresden unter dem Titel „Perspektiven der Befreiung“ Annaberg und Chemnitz, u.a. Tag des Sieges – mit russischen Juden. **Leipzig** – drei Veranstaltungen: Abtnaundorf (KZ-Außenlager), Gedenkmarsch für die Opfer der Todesmärsche – „Aufstehen – mitgehen!“ (bda-leipzig@web.de)

Sachsen-Anhalt

Eisleben: Erinnerung an den „Blutsonntag“ Antirassismus- und Bildungswoche im März 18. April 2015: zentrale Veranstaltung in der MLU in Halle (mit Kurt Pätzold) 8. Mai 2015 auf dem Südfriedhof Halle (Gräberfeld für sowjetische Kriegsgefangene)Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein

Erinnerung an das verbrecherische Wirken der SS auch nach der Befreiung. **Elmshorn**: Selbstbefreiung der Ortschaft

Die AG/R löst sich auf

Wenn Menschen gemeinsam unter einem Namen wie Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AG/R) auftreten, dann steht der Name für eine Organisation. Wir haben uns nun eingestanden, dass wir uns nicht mehr ernsthaft eine Organisation nennen können. Deshalb lösen wir die AG/R auf. Es wird weiterhin einen Diskussionszusammenhang geben, und Menschen, die in der AG/R waren, werden gelegentlich auch mal gemeinsam politisch agieren. Aber die Organisation AG/R ist nun Geschichte.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Von Bismarck lernen...

In der Aprilausgabe von ZUERST! steht der 200. Geburtstag Otto von Bismarcks zwar nicht im Mittelpunkt sondern am Anfang des Heftes, bildet aber gleichwohl das Titel- und damit Schwerpunktthema. Das Titelbild zeigt ein fast monströs überdimensioniertes, grausteinernes Bismarckdenkmal (vermutlich das in Hamburg stehende): Auf ein Schwert gestützt, das ihm bis zur Höhe des Brustkorbs reicht, zu seinen Füßen ein preußischer Adler, starrt der deutsche Reichskanzler missmutig in die Weite. Der Hefttitel lautet, gar nicht mal unpassend, „Der Gigant“. Und weil Geschichtspolitik immer für die Gegenwart gemacht wird, verkünden die Macher von ZUERST! direkt darunter um was es ihnen, anlässlich des runden Geburtstages, geht: „Realpolitik in Krisenzeiten: Von Otto von Bismarck lernen“.

Warum der ausdrückliche Verweis auf die Bismarcksche Realpolitik? Auf welche Felder soll sie sich beziehen und worauf bezieht sich die Kennzeichnung Krisenzeiten? Die Titelgeschichte von BERNHARD RADTKE, DORIAN REHWALDT und STEVE LEROD lässt an der Bedeutung des Politikers für die Autoren keinen Zweifel: „Schöpfer der nationalen Einheit, vorbildlicher Sozialgesetze und eines ungeahnten Wirtschaftsaufschwungs: Reichskanzler Otto von Bismarck überragt die heutigen Politzwerge um Längen“ – so lautet bereits der Untertitel des Beitrages. Und doch wirft auch er Fragen auf: Das eine Zeitschrift, deren Ausrichtung so „großdeutsch“ ist, das in Inhaltsverzeichnis „Österreich“ eine eigene Kategorie zwischen „Deutschland“ und „International“ bildet, also offenbar nicht mehr als Deutschland aber noch nicht als Ausland gesehen wird, den Politiker, der mit einem Krieg gegen das Nachbarland, das jahrhundertelang den Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation stellte, das „kleindeutsche“ Reich begründete, als „Schöpfer der nationalen Einheit“ apostrophiert, ist doch ein wenig sonderbar. Die Autoren fassen das so zusammen: „Und so solle es am 3. Juli zur Schlacht von Königgrätz kommen, einer Massenschlacht, die die Böden mit dem Blut von rund 9000 Gefallenen und 15 500 Verwundeten tränkte…. Die politischen Ergebnisse wurden im Prager Friedensvertrag vom 23. August 1866 festgelegt. Österreich war raus, an die Stelle des Deutschen Bundes trat der Norddeutsche Bund, der mit der Verfassung von 1867 zum ersten deutschen Bundesstaat wurde“.

Die Hervorhebung des Realpolitikers Bismarck bezieht sich auf dessen Außenpolitik, insbesondere in der Zeit nach 1871, nach der Gründung des „Deutschen Reichs“: „Das neue, geeinte Deutschland sollte seinen gebührenden Platz im europäischen Konzert der Mächte erhalten…“. Anders ausgedrückt: Wie macht Deutschland am erfolgreichsten Großmachtpolitik, wer sind seine Gegner und wer seine Verbündeten? Diese Frage hat Bismarck offenbar für die Autoren überzeugend beantwortet: „zunehmend wichtig wurde dabei Deutschlands großer östlicher Nachbar Rußland…. ‚Der Wesenskern der Rußlandpolitik Bismarcks lag in dem Glauben an die Unbesiegbarkeit eines Reiches, das aufgrund der inneren Wandlungsprozesse, des Aufkommens profranzösischer Sympathien und der gegen Österreich-Ungarn gerichteten Machtinteressen auf dem Balkan zum potentiellen Risiko für Deutschland heranreifte.‘ So umriß Ulrich Lappenküper, Professor an der Universität der Bundeswehr Hamburg, das Hauptmotiv des Reichskanzlers….Verkürzt könnte man sagen: Aus purem nationalen Selbsterhaltungswillen mußte Bismarck Frieden mit Rußland wollen. Denn tatsächlich begegneten die europäischen Großmächte dem neuen Reich in der Mitte Europas mit Argwohn…. Dazu galt es, das Verhältnis mit (sic!) Rußland zu festigen, ein Verhältnis, das sich Bismarck als auf Augenhöhe bestehend vorstellte, geprägt von Gleichberechtigung und wechselseitigem Entgegenkommen“.

Nun ist ZUERST! keine historische Zeitschrift – es geht stets um aktuelle Politik. Und die Schlussfolgerungen für heute lassen auch nicht lange auf sich warten: „Aus dem historischen Wissen um diese Zeit die richtigen Schlüsse für die Gegenwart zu ziehen, unterscheidet das gegenwärtige politische Establishment von unabhängigen Denkern. Zu letzteren gehört etwa der heutige Fraktionsvorsitzende der Alternative für Deutschland (AfD) in Brandenburg, Alexander Gauland. Gauland hatte in einem außenpolitischen Thesenpapier bereits im September 2013 daran erinnert, dass ‚Rußland an entscheidenden Wegmarken der deutschen Geschichte positiv Pate gestanden‘ hat – etwa bei der Reichsgründung 1871 oder der Wiedervereinigung 1989/90. Daraus folge: „Trotz einer veränderten Weltlage und des geringeren Gewichtes aller europäischen Staaten sollten Elemente der Bismarckschen Rückversicherungspolitik gegenüber Rußland gepflegt werden. ‚Auch wenn Rußland eine andere Wertewelt vertrete, könne man ‘trotzdem mit einem Staat befreundet sein, dessen innere Ordnung den eigenen Vorstellungen nicht ganz entspricht´.“

Auch wenn in Gaulands Worten vom „geringen Gewicht (…) aller europäischen Staaten“ bereits ein Hinweis gegeben wird, um was es geht, werden erst zwei Interviewpartner des Magazins so richtig konkret. Auf die Frage „Was würde er (*Bismarck; tri*) denn Angela Merkel raten?“ antwortet Dr. Srdja Trifkovic, serbischer Politologe, der lange in den USA lehrte, folgendes: „Er würde ihr wohl den Ratschlag geben, daß, wenn sie schon kein Bündnis mit Rußland schließen kann, sie sich doch wenigstens um eine bessere Balance der Beziehungen zu Washington einerseits und zu Moskau andererseits bemühen sollte… Typische ‚Bismarcksche Politik‘ im Falle der heutigen Ukraine wäre: Berlin tritt als ein verläßlicher und neutraler Schiedsrichter europäischer Politik auf – und eben nicht als transatlantischer Vorposten.“

Noch deutlicher wird Dr. JOHANNES HÜBNER, außenpolitischer Sprecher der FPÖ: „Heute muß Rußland wieder als Rechtfertigung für die US-Besatzung in Europa herhalten. Man suggeriert den Menschen speziell in Deutschland: ‚Rußland ist gefährlich, wir brauchen das starke transatlantische Bündnis zum Schutz vor Moskau.‘ Genau diese Einstellung ist für die aktuellen Spannungen auf dem europäischen Kontinent verantwortlich.“ Das hört sich fast wie eine „antiimperialistische“ Politik an. Antifaschist(inn)en sollten sich allerdings bewusst sein, das hinter einer solchen Politik der europäischen Rechten nichts anderes steht als das Ziel eines starken (Mittel-)Europa, das ideologisch antiliberal, reaktionär und rassistisch sein und unter deutscher Führung stehen soll. .

tri ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, IBAN DE 95 3701 0050 0010 4195 07, BIC PBNKDEFF370